



BERNSTEIN GROUP

AD HOC UPDATE ZUM KOALITIONSVERTRAG 2025

BERLIN, 09. APRIL 2025 – STAND 17:00 UHR



BERNSTEIN
GROUP

Executive Summary: Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Koalition verschreibt sich der „Verantwortung für Deutschland“

- **Geprägt durch Herausforderungen von innen und außen:** Wirtschaftskrise, Vertrauensverlust in Staat und Politik, das Thema Migration im Inneren und die sicherheitspolitische Bedrohung von außen prägen Stil und Struktur. Auf erste Kapitel zu Wirtschaft und Finanzen folgen die Kapitel Innere Sicherheit/ Migration, Demokratie, Internationales.
- **Ausgewogene Verhandlungsergebnisse ohne Überraschungen:** Die CDU kann sich gegenüber den Arbeitsgruppenergebnissen in Duktus und Themen wie Migration und Finanzen verbessern. Die SPD muss etwa im Bereich Arbeit und Soziales keine bitteren Pillen schlucken. Die CSU kann durch Ministerien und Themen ihr Profil für Bayern schärfen.
- **Verteilung der Ministerien:** Die CDU stellt die Leitung von sieben Ministerien, darunter Wirtschaft und Auswärtiges; die SPD erhält trotz nur 16% Wahlergebnis ebenfalls sieben Ministerien, darunter Finanzen und Verteidigung, die CSU drei Ministerien, darunter Innen. Das neue Digitalministerium sorgt für ein zusätzliches Ressort. Konkrete Personalien sollen erst nach dem SPD-Mitgliedervotum benannt werden.
- **Zentrales Dokument einer Regierung:** Der Koalitionsvertrag ist wichtig. 75% der Projekte im Koalitionsvertrag der vorigen Bundesregierung wurden zumindest begonnen. Gleichwohl kann der Koalitionsvertrag durch veränderte äußere Bedingungen an Gültigkeit einbüßen. Außerdem stehen alle Inhalte unter Finanzierungsvorbehalt.
- **Nächste Schritte, Ratifizierung und Kanzlerwahl:** Der Koalitionsvertrag muss nun von allen drei Parteien ratifiziert werden. Voraussichtlich am 07. Mai wird Friedrich Merz im Bundestag zum Kanzler gewählt werden.

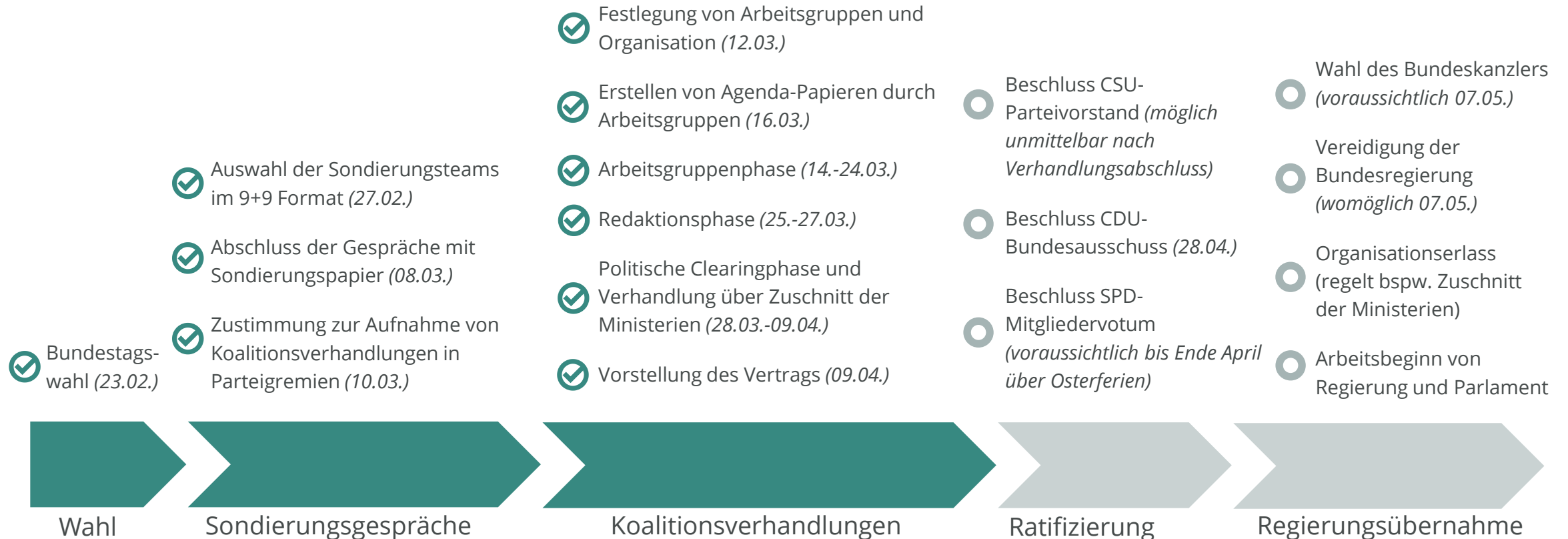
CDU CSU SPD Soziale Politik für Dich.

Verantwortung für Deutschland
Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
21. Legislaturperiode

1
4
4
14
22
28
36
45
45
56
66
71
82
82
86
92
98
98
105
113
119
125
125
135
141
Arbeitsweise der Bundesregierung und Fraktionen 141

Status Quo: Aktueller Stand der Regierungsbildung auf einen Blick

Der Koalitionsvertrag muss im nächsten Schritt von den Parteien ratifiziert werden



Ratifizierung: Verfahren der drei Parteien



- **Verfahren:** Kleiner Parteitag, sog. Bundesausschuss
- **Timeline:** Findet statt am 28. April.
- **Wahrscheinlichkeit der Zustimmung:** Sehr wahrscheinlich. Stimmung an der Basis wurde im Laufe der Verhandlungen zwar immer schlechter. Eine Zustimmung der in der Regel diszipliniert abstimmenden Delegierten ist dennoch zu erwarten.



- **Verfahren:** Abstimmung des Parteivorstands
- **Timeline:** Noch offen, voraussichtlich in der nächsten Vorstandssitzung.
- **Wahrscheinlichkeit der Zustimmung:** Sehr sicher, denn der Vertrag wurde auch von Teilen des Parteivorstandes ausgehandelt.



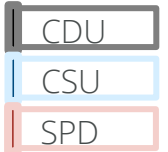
- **Verfahren:** Digitales Mitgliedervotum
- **Timeline:** Kann jederzeit beginnen, wird vermutlich 2,5 Wochen lang über die Osterferien stattfinden.
- **Wahrscheinlichkeit der Zustimmung:** Wahrscheinlich. Höchstes Risiko der drei Parteien, jedoch erhöht das positiv gewertete Verhandlungsergebnis der SPD die Zustimmungswahrscheinlichkeit. Auch 2018 stimmten die Mitglieder der umstrittenen Großen Koalition zu.

Kabinett Merz: Zuschnitte der Ministerien

Entscheidungen über konkretes Personal obliegen den Parteien und erfolgen erst später



Bundeskanzler
Friedrich Merz

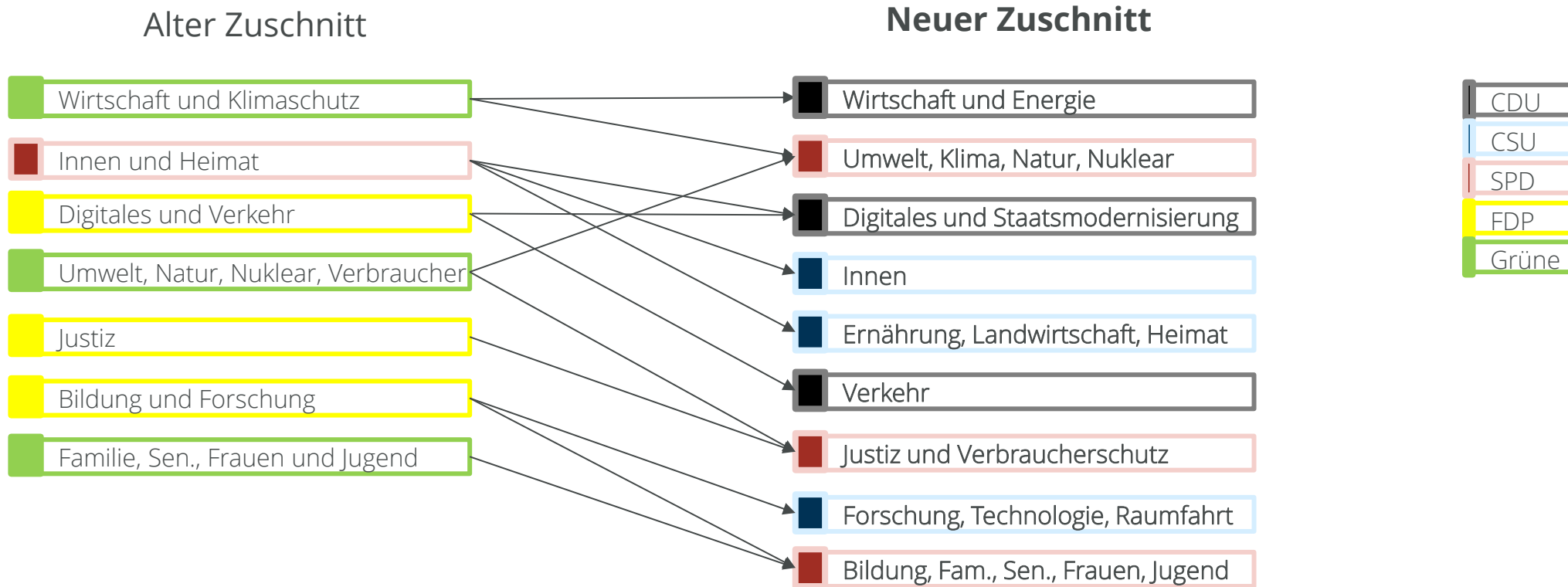


*Veränderung

Bundeskanzleramt	Staatsminister:in für Migration, Flüchtlinge und Integration	Staatsminister:innen für Kultur und Medien; Sport und Ehrenamt; Bund-Länder-Zusammenarbeit	
Wirtschaft und Energie*	Digitales und Staatsmodernisierung*	Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend*	Finanzen
Gesundheit	Forschung, Technologie und Raumfahrt*	Arbeit und Soziales	Justiz und Verbraucherschutz*
Verkehr*	Innen*	Verteidigung	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Auswärtiges Amt	Ernährung, Landwirtschaft und Heimat*	Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit*	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Kabinett Merz: Bei diesen Ressorts verändern sich die Zuschnitte

Insgesamt gibt es ein Ministerium mehr als in der vorigen Wahlperiode



Alle anderen Ressortzuschnitte ändern sich nicht.

Inhalte: Ausgewählte Einigungen in Kernthemen

Finanzen

- **Einkommensteuern** für niedrige und mittlere Einkommen sollen zur Mitte der Legislaturperiode sinken
- **Unternehmenssteuern** sollen ab 2028 jährlich um 1% sinken
- Senkung **Körperschaftssteuer** ab 2028. Wahlrecht zwischen Körperschafts- und Einkommensteuer soll ausgeweitet werden.
- Degressive **Abschreibung** auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025, 2026 und 2027
- **Solidaritätsbeitrag** bleibt erhalten

Wirtschaft

- Nationales **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** wird abgeschafft
- Einführung **Wochenhöchst Arbeitszeit**
- Steuerfreie **Überstundenzuschläge**
- Senkung **Stromsteuer** auf europ. Mindestmaß; Reduzierung Umlagen und Netzentgelte
- Schaffung von **Leitmärkten** für klimaneutrale/-freundliche Produkte
- Fortsetzung von Förderprogrammen zur **Dekarbonisierung** der Industrie, u.a. Klimaschutzverträge

Verteidigung

- Einführung eines **Nationalen Krisenstabs** der Bundesregierung und eines **Nationalen Lagezentrums**, angesiedelt im Bundeskanzleramt
- Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrats in einen **Nationalen Sicherheitsrat** im BKAm
- **Wehrdienst** zunächst basierend auf **Freiwilligkeit**
- Ausbau der Verteidigungsfähigkeit im Weltraum und Veröffentlichung einer **Weltraumsicherheitsstrategie**
- Beschluss eines Planungs- und Beschaffungsgesetzes im ersten halben Jahr der Regierung und Einführung eines **mehrjährigen Investitionsplans**

Migration und Innen

- **Abschaffung der „Turboeinbürgerung“**
- Beschluss eines **KRITIS-Dachgesetzes** zur Stärkung der zivilen Verteidigung und Zusammenarbeit zwischen den Behörden
- **Aussetzung des Familiennachzugs** zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre
- **Begrenzung** der regulären Migration im Rahmen der Westbalkan-Regelung auf **25.000 Personen** pro Jahr
- **Zurückweisungen** an den Staatsgrenzen in Abstimmung mit EU-Nachbarstaaten und Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten

Arbeitsweise von Regierung und Fraktionen: Relevante Änderungen

Koalitionsausschuss und Kanzleramt werden gestärkt, das Wahlrecht erneut reformiert

Nationaler Sicherheitsrat

- Der aktuelle Bundessicherheitsrat wird, im Rahmen des Ressortprinzips, zu einem **Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt**.
- Zudem sollen ein **Bund-Länder- und ressortübergreifender Nationaler Krisenstab** der Bundesregierung und ein **Nationales Lagezentrum**, beide im Bundeskanzleramt, geschaffen werden.
- Ziel ist, **Kohärenz im Außenhandeln** der Bundesregierung herzustellen und die Krisenbewältigung zu stärken.

Koalitionsausschuss

- Der Koalitionsausschuss soll **monatlich tagen**, um sich unter den Koalitionspartnern abzustimmen und in Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herzustellen.
- Zudem muss der Koalitionsausschuss **auf Wunsch eines Koalitionspartners hin zusammentreten**.
- Insbesondere die **CSU drängt auf eine starke Rolle des Koalitionsausschusses** als zentrales Entscheidungsgremium.

Europapolitische Koordinierung

- In einem wöchentlichen „**EU-Monitoring**“ setzt der **Chef des Bundeskanzleramtes mögliche Ressortkonflikte in der Runde der beamteten Staatssekretäre** auf die Tagesordnung. In dieser Runde sollen sie frühestmöglich geeinigt oder notfalls auf Kabinettsebene eskaliert werden.
- So soll die sogenannte „**German Vote**“ in Brüssel verhindert werden. Friedrich Merz wollte ursprünglich eine noch stärkere Zentralisierung der EU-Entscheidungen im Kanzleramt.

Reform des Wahlrechts

- Eine **Wahlrechtskommission** soll die Wahlrechtsreform 2023 evaluieren und **Vorschläge für eine erneute Reform** unterbreiten.
- Ziel ist, dass **jeder Bewerber mit Erststimmenmehrheit** in den Bundestag einziehen kann, ohne dass der Bundestag erneut wächst.
- Geprüft werden sollen auch die **Gewährleistung einer gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen** und die **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre**.

Vorausschau: Was ist in den ersten Monaten zu erwarten?

Regierung muss schnell handlungsfähig werden und national wie international agieren



Haushaltspolitische Grundlagen

Die neue Bundesregierung muss sich nach Amtsantritt schnell um die **finanziellen Grundlagen ihrer Arbeit** kümmern:

- Der **Bundshaushalt 2025** ist noch ausstehend.
- Ein Entwurf für den **Bundshaushalt 2026** sollte traditionell eigentlich noch vor der Sommerpause vorliegen.
- Das **Finanzpaket** aus Sondervermögen und Lockerung der Schuldenbremse muss einfachgesetzlich **umgesetzt** und der **Einsatz der Gelder** geregelt werden.



Internationale Lage

Die internationale Lage erfordert **sicherheits-, finanz- und europapolitisch** schnell eine **entscheidungsfähige Regierung**.

- Der **NATO-Gipfel Ende Juni** könnte entscheidend für die Zukunft des Verteidigungsbündnisses sowie den Verlauf des Krieges gegen die Ukraine werden.
- Viele europäische Staaten erwarten schnell eine **Führungsrolle Deutschlands** in der neuen internationalen Lage.
- Die **US-Zölle erhöhen** finanzielle Belastung und **Handlungsdruck** auf Deutschland weiter.



Handlungsfähigkeit

Bundesregierung und Parlament müssen **schnell handlungsfähig** werden.

- **Neue und in Zuschnitt und Aufgaben veränderte Ministerien müssen sich strukturieren** und Handlungsfähigkeit herstellen. Etwa die Erfahrung mit dem neuen Bauministerium der letzten Legislaturperiode verdeutlicht die Herausforderungen dabei.
- Der **Bundestag** nimmt seine **vollständige legislative Arbeit erst nach der Konstituierung der Ausschüsse auf**, die traditionell nach der Regierungsbildung und in vielen Fällen spiegelbildlich zum Ressortzuschnitt der Ministerien gebildet werden.

Analyse: Überwiegend graduelle statt tiefgreifende Veränderungen

- 1 Koalitionsvertrag ohne Extreme und unter Finanzierungsvorbehalt**

Der Großteil der Konflikte in den Arbeitsgruppenpapieren wurde durch Kompromisse in der Mitte aufgelöst. Der Koalitionsvertrag setzt sich ohne Überraschungen und Extreme in beide Richtungen zusammen. Die finanzielle Konsolidierungsliste ist kurz, konsumtive Projekte wie Mütterrente oder Agrardiesel bleiben erhalten, ebenso wie bspw. die Rentenpolitik. Strukturreformen finden sich kaum. Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen jedoch explizit unter Finanzierungsvorbehalt. Die Frage der Finanzierung könnte damit weiterhin Konfliktpotenzial mit sich bringen..
- 2 Friedrich Merz strebt Führungsrolle in Europa an und bündelt Internationales im Kanzleramt**

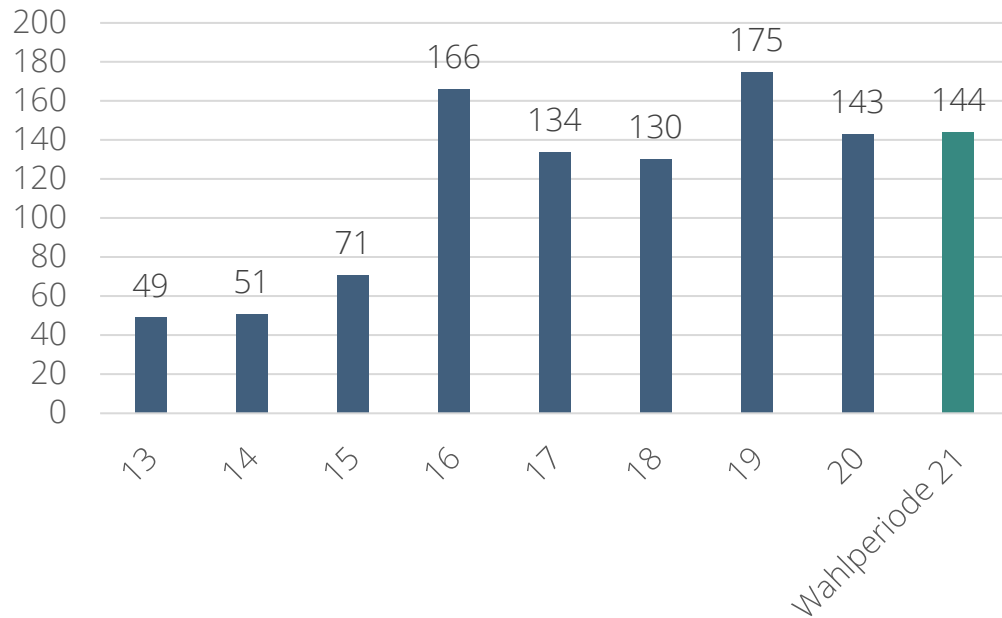
Bereits im Wahlkampf fokussierte Merz sich stark auf die europäische und internationale Ebene. Mit einem neuen Nationalen Sicherheitsrat, verbesserter europapolitischer Koordinierung durch den Kanzleramtschef und das Auswärtige Amt, das sich zum ersten Mal seit 1966 wieder unter CDU-Führung befindet, bündelt er Internationales.
- 3 SPD greift auf überproportional viele Ministerien zu und kann in Kernthemen gestalten**

In der letzten Großen Koalition bekam die SPD nur sechs Ministerien, trotz besserer Wahlergebnisse. Mit sieben Ministerien kann sie nun in sozialdemokratischen Kernthemen wie Arbeit und Soziales oder Bauen und Wohnen gestalten. Zudem verfügt sie über das Finanzministerium und Ressorts, die stark von den erhöhten Verteidigungsausgaben und dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz profitieren.
- 4 CSU setzt auf Ministerien und Agenda für Bayern: „Law and Order, Hightech und Heimat“ (Markus Söder)**

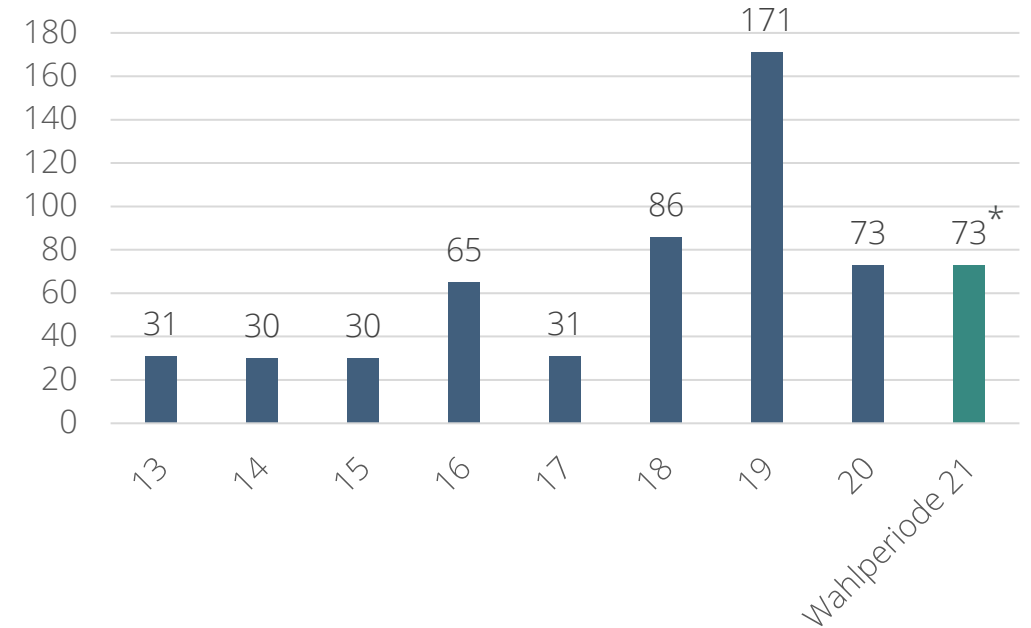
Die CSU sichert sich mit den Ressorts Inneres, Landwirtschaft & Heimat sowie Forschung, Technologie & Raumfahrt zentrale Themenfelder ihres Profils – von innerer Sicherheit und Migration über Agrarpolitik bis hin zu Hightech und Luft- und Raumfahrt. Letzteres zielt mutmaßlich auf die Stärkung der bayerischen Forschungs- und Technologielandschaft. Mit Mütterrente, Agrardieselvergütung und Gastrosteuersenkung setzt sie zudem klassische Klientelinteressen durch.

Statistik: Kontinuität bei Länge des Koalitionsvertrags und Dauer der Regierungsbildung

Länge des Koalitionsvertrags in Seiten



Tage von Bundestagswahl bis zur Wahl von Bundeskanzler:in



* Bei Kanzlerwahl am 07. Mai

Kontakt

Bernstein Public Policy GmbH

Neustädtische Kirchstraße 6
D-10117 Berlin

Telefon: +49 30 275 723 - 0

Fax: +49 30 275 723 - 41

contact@bernstein-group.com

www.bernstein-group.com

BERNSTEIN
GROUP

ENGLISCH



BERNSTEIN GROUP

UPDATE ON GOVERNMENT FORMATION 2025: KEY INSIGHTS TO START THE WEEK

BERLIN, APRIL 9 – AS OF 4 P.M.



BERNSTEIN
GROUP

Executive Summary: The Coalition Agreement Between The CDU/CSU And SPD

Coalition commits to "responsibility for Germany"

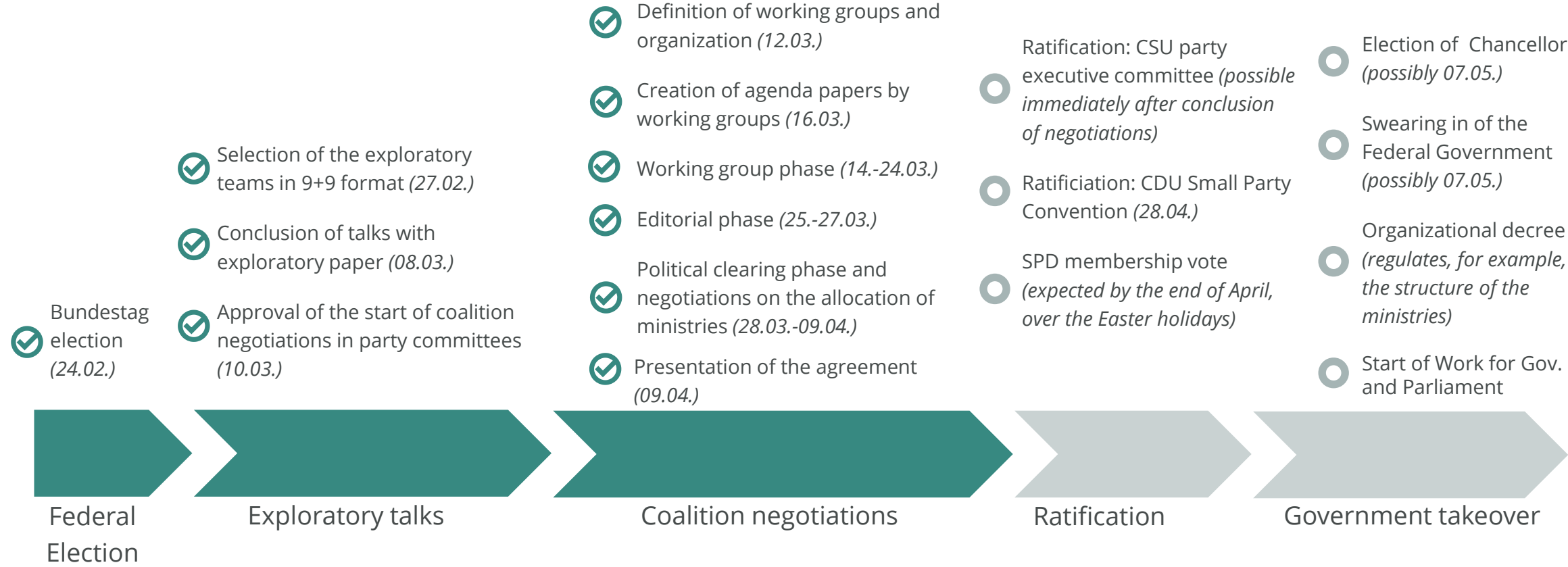
- **Characterized by internal and external challenges:** economic crisis, loss of trust in the state and politics, the issue of internal migration and the external security threat shape the style and structure. An initial chapter on the economy and finance is followed by chapters on internal security/migration, democracy and international affairs.
- **Balanced negotiation results without surprises:** The CDU can improve on the working group results in terms of style and topics such as migration and finances. The SPD does not have to swallow bitter pills in areas such as labor and social affairs. The CSU can sharpen its profile for Bavaria through ministries and placing their key issues.
- **Distribution of ministries:** The CDU provides the leadership of seven ministries, including Economics and Foreign Affairs; the SPD also receives seven ministries, including Finance and Defense, despite only scoring 16% in the election; the CSU receives three ministries, including the Ministry of Interior. The new Ministry for Digital Affairs adds an additional portfolio. Appointments will only be made after the SPD members' vote on the agreement.
- **Central document of a government:** The coalition agreement is important. 75% of the projects in the coalition agreement of the previous federal government were either partially or fully completed or at least started. Nevertheless, the coalition agreement may lose validity due to changes in external conditions. In addition, all projects are subject to funding.
- **Next steps, ratification and election of chancellor:** The coalition agreement must now be ratified by all three parties. Friedrich Merz is expected to be elected Chancellor in the Bundestag on May 7.

The image shows the cover of the coalition agreement document titled "Verantwortung für Deutschland". At the top, the logos for CDU, CSU, and SPD are displayed, along with the SPD slogan "Sozial. Politik für Dich.". The title "Verantwortung für Deutschland" is prominently featured in the center, followed by the subtitle "Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD" and "21. Legislaturperiode". On the right side, a vertical table of contents lists page numbers for various sections, ranging from 1 to 141. The document is presented with a slight shadow effect.

1
4
4
14
22
28
36
45
45
56
66
71
82
82
86
92
98
98
105
113
119
125
125
135
141
141

Status Quo: Current Status Of Government Formation At A Glance

The coalition agreement must next be ratified by the parties



Ratification: Procedure Of The Three Parties



- **Procedure:** Small party conference, so-called Federal Committee
- **Timeline:** Takes place on April 28.
- **Probability of approval:** Very likely. The mood at grassroots level deteriorated over the course of the negotiations. Nevertheless, approval by the delegates, who are generally disciplined in their voting, is to be expected.



- **Procedure:** Vote of the party executive committee
- **Timeline:** Still open, probably at the next Board meeting.
- **Likelihood of approval:** Almost certain, as the agreement was also negotiated by parts of the party chairs.



- **Procedure:** Digital member vote
- **Timeline:** Can start at any time, will probably take place for 2.5 weeks over the Easter vacations.
- **Probability of approval:** Likely. Highest risk of the three parties, but the SPD's positive negotiation result increases the likelihood of approval. Members also approved the controversial last great coalition in 2018.

Contents: Selected Agreements On Core Topics

Finances

- **Income taxes** for low and middle incomes to fall in the middle of the legislative period
- **Corporate taxes** to fall by 1% annually from 2028
- Reduction in **corporation tax** from 2028. Right to choose between corporation tax and income tax to be extended.
- Degressive depreciation on equipment investments of 30 percent in 2025, 2026 and 2027
- **Solidarity contribution** remains in place

Economy

- National **Supply Chain Due Diligence Act** to be abolished
- Introduction of **maximum weekly working hours**
- Tax-free **overtime pay**
- Reduction in **electricity tax** to European minimum; reduction in levies and grid charges
- Creation of **lead markets** for climate-neutral/climate-friendly products
- Continuation of funding programmes for the **decarbonization** of industry, including climate protection agreements

Defense

- Introduction of a **National Crisis Unit** of the Federal Government and a **National Situation Center**, located in the Federal Chancellery
- Further development of the Federal Security Council into a **National Security Council** in the Chancellery
- **Military service** initially based on voluntary **service**
- Expansion of defense capabilities in space and publication of a **space security strategy**
- Adoption of a planning and procurement law in the first six months of government and introduction of a **multi-year investment plan**

Migration and interior

- **Abolition of "turbo naturalization"** after three years
- Adoption of a **KRITIS umbrella law** to strengthen civil defense and cooperation between authorities
- **Suspension of family reunification** for beneficiaries of subsidiary protection for two years
- **Limiting** regular migration to **25,000 people** per year
- **Refoulement** at national borders in coordination with neighboring EU states and expansion of safe countries of origin

Analysis: Mainly Gradual Rather Than Far-Reaching Changes

- 1 Coalition agreement without extremes and subject to funding**

Most of the conflicts in the working group papers were resolved by compromises on the middle ground. The coalition agreement is composed without surprises or extremes in either direction. The financial consolidation list is short, consumptive projects such as mothers' pensions or agricultural diesel are retained, as is, for example, pension policy. There are hardly any structural reforms. However, all measures in the coalition agreement are explicitly subject to financing. The question of financing could therefore continue to bring potential for conflict.
- 2 Friedrich Merz strives for a leading role in Europe and bundles international affairs in the Chancellery**

Merz already focused strongly on the European and international level during the election campaign. With a new National Security Council, improved European policy coordination by the head of the Chancellery and the Foreign Office, which is under CDU leadership again for the first time since 1966, he is bundling international affairs.
- 3 SPD has access to a disproportionate number of ministries and can shape core issues**

In the last great coalition, the SPD only received six ministries, despite better election results. With seven ministries, it can now shape social democratic core issues such as employment and social affairs or construction and housing. It also has the Ministry of Finance and ministries that benefit greatly from increased defense spending and the special fund for infrastructure and climate protection.
- 4 CSU focuses on ministries and agenda for Bavaria: "Law and order, high-tech and home" (Markus Söder)**

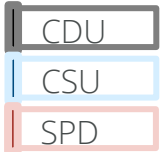
The CSU has secured key areas of its profile with the Home Affairs, Agriculture & Homeland and Research, Technology & Aerospace ministries - from internal security and migration to agricultural policy, high-tech and aerospace. The latter is presumably aimed at strengthening the Bavarian research and technology landscape. She also pushes through classic clientele interests with her maternity pension, agricultural diesel tax and restaurant tax cuts.

Merz Cabinet: Ministerial Portfolios

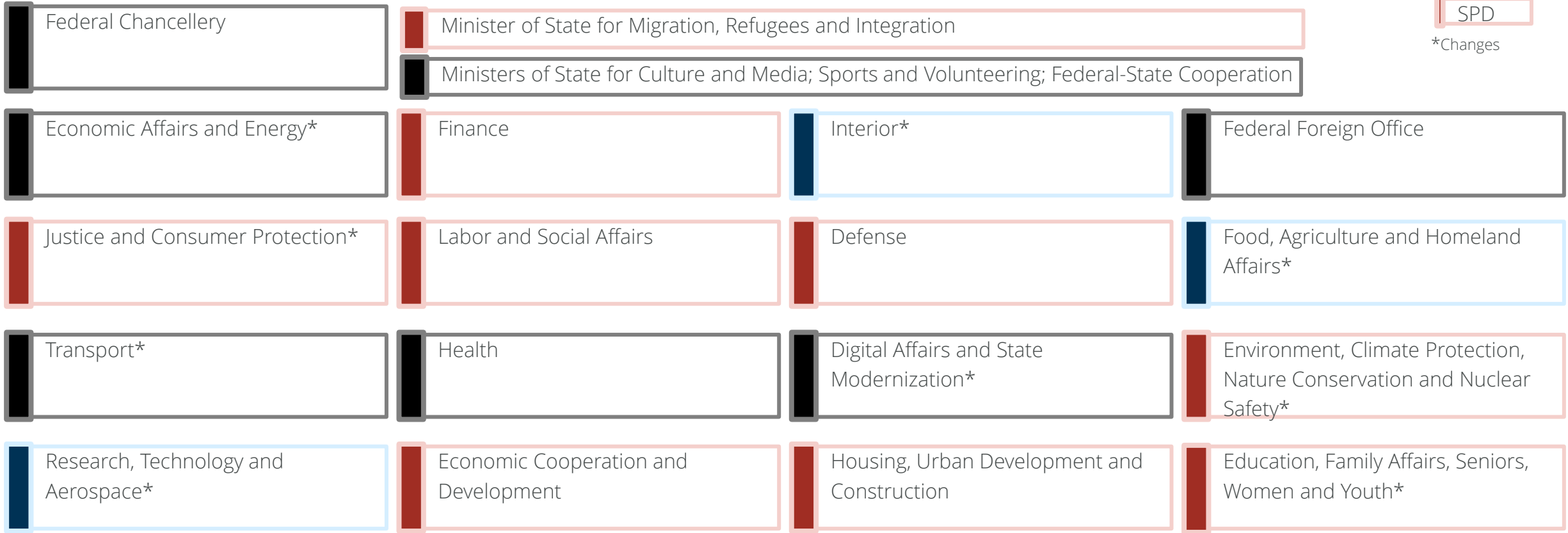
Decisions on specific personnel are the responsibility of the parties and will be made later



Federal Chancellor
Friedrich Merz

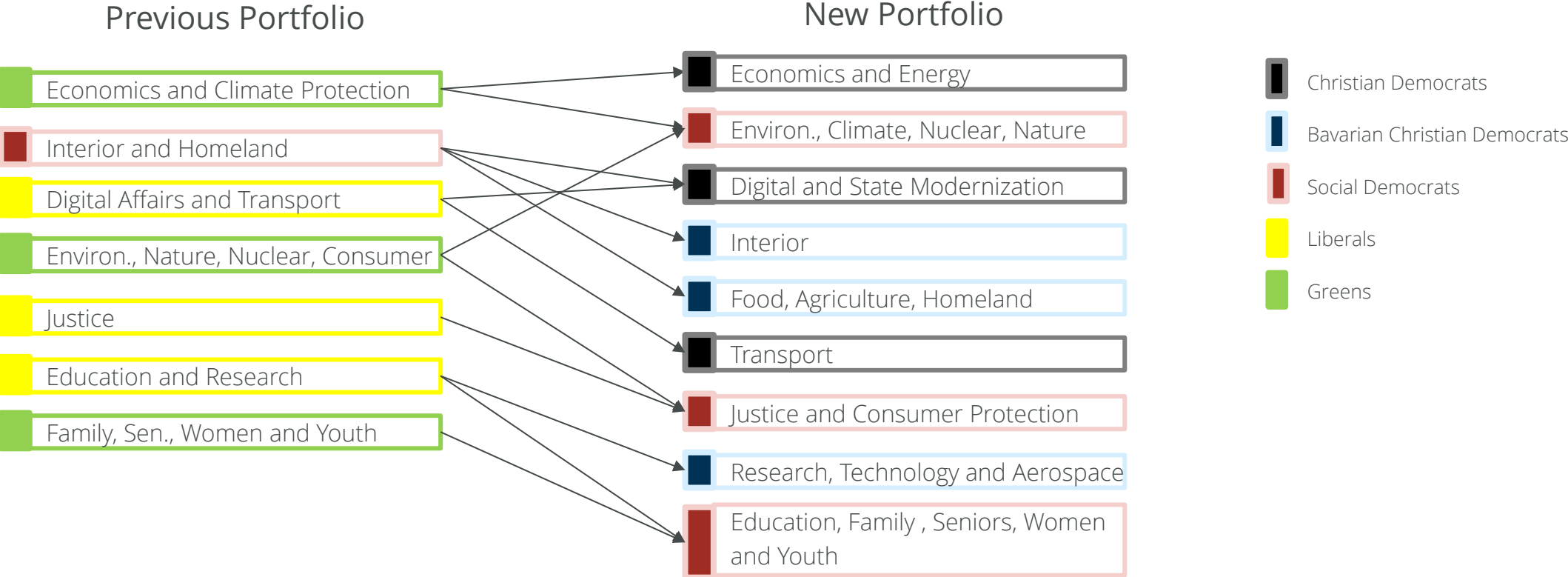


*Changes



Merz Cabinet: These Ministries Will See Changes in Their Portfolios

Overall, there is one more ministry than in the previous legislative period



All other ministerial portfolios remain unchanged.

Working Methods: Key Changes

Coalition Committee and Chancellery will be strengthened, electoral law to be reformed again.

National Security Council

- The current Federal Security Council will be transformed into a **National Security Council within the Federal Chancellery**, in line with the departmental principle.
- In addition, a **cross-ministerial and federal-state National Crisis Unit** and a **National Situation Center** are to be established within the Federal Chancellery.
- The goal is to ensure **coherence in the Federal Government's foreign policy** and to strengthen crisis management.

Coalition Committee

- The **Coalition Committee is to meet monthly** to coordinate among coalition partners and reach consensus on procedural, policy, and personnel matters.
- The Coalition Committee must also **convene at the request of any coalition partner**.
- The **CSU in particular is pushing for a strong role for the Coalition Committee** as the central decision-making body.

European Policy Coordination

- In a weekly **"EU monitoring"** meeting, the **Head of the Federal Chancellery places potential interministerial conflicts on the agenda of the State Secretaries' Committee**. These issues are to be resolved as early as possible or, if necessary, escalated to the cabinet level.
- This is intended to prevent the so-called **"German Vote" in Brussels**. Friedrich Merz had originally called for even greater centralization of EU decision-making within the Chancellery.

Electoral Reform

- An **electoral law commission** is to evaluate the 2023 reform and propose a new round of changes.
- The goal is to ensure that **every candidate with a majority of first votes** enters the Bundestag without increasing its overall size.
- The commission will also examine how to **ensure equal representation of women** and **whether to lower the voting age to 16**.

Outlook: What To Expect In The First Few Months?

Government must quickly become capable of action and operate nationally and internationally.



Fiscal Policy Foundations

The new federal government must quickly address the **financial foundations of its work** after taking office:

- The **federal budget for 2025** is still pending.
- A draft of the **2026 federal budget** should traditionally be presented before the summer break.
- The **financial package** involving special funds and the easing of the debt brake must be **implemented** through regular legislation, and the **use of the funds** must be regulated.



International Situation

The international situation demands a **government capable of making swift decisions on security, financial, and European policy matters.**

- The **NATO summit at the end of June** could be decisive for the future of the alliance and the course of the war in Ukraine.
- Many European countries expect **Germany** to quickly assume a **leadership role** in the new international context.
- **U.S. tariffs** further increase financial and **political pressure** on Germany.



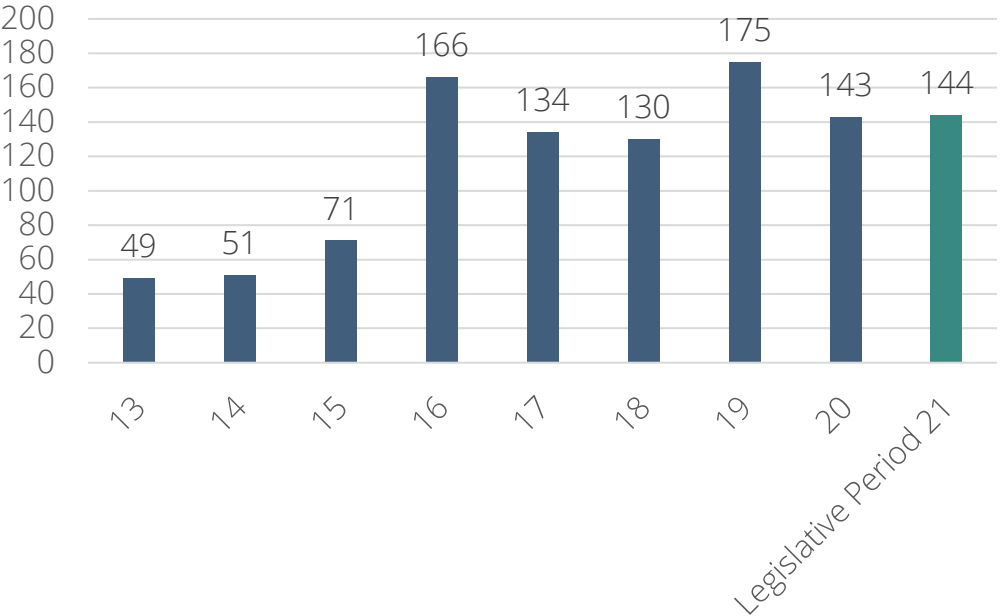
Operational Capacity

The federal government and parliament must quickly become capable of taking action.

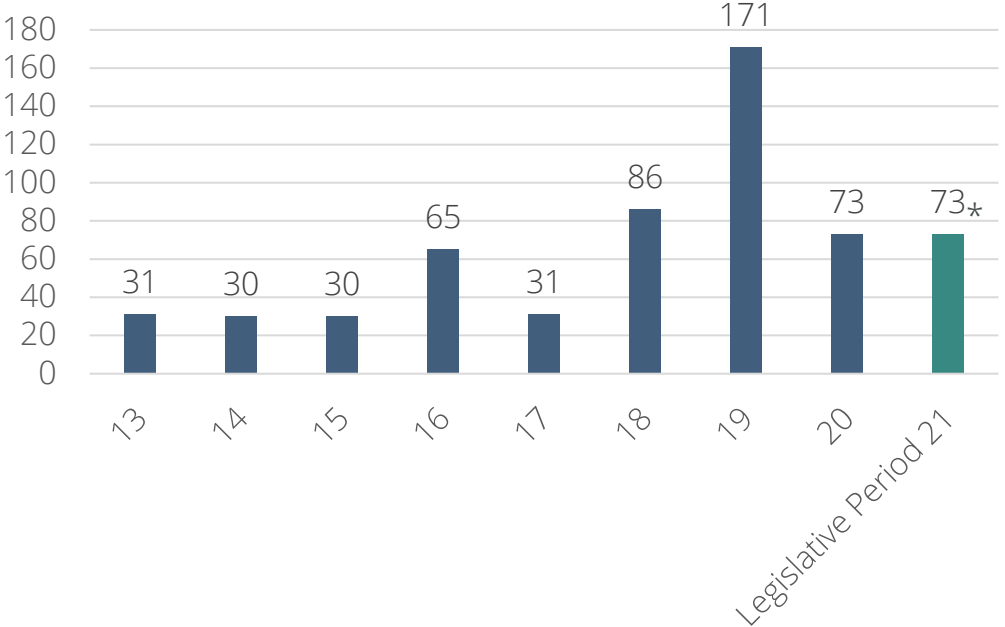
- **New ministries, as well as those with changed portfolios and responsibilities, must establish their structures** and ensure operational capacity. The experience with the new Ministry of Housing in the previous legislative period highlights the challenges involved.
- The **Bundestag** begins its **full legislative work only after the committees have been constituted**, which traditionally happens after the formation of the government and often mirrors the structure of the ministerial portfolios.

Statistic: Continuity In The Length Of The Coalition Agreement And The Government Formation Process

Length of Coalition Agreement in Pages



Days from Federal Election to Election of the Federal Chancellor



* If the Chancellor is elected on May 7

Contact us

Bernstein Public Policy GmbH

Neustädtische Kirchstrasse 6
D-10117 Berlin

Phone: +49 30 275 723 - 0

Fax: +49 30 275 723 - 41

contact@bernstein-group.com

www.bernstein-group.com

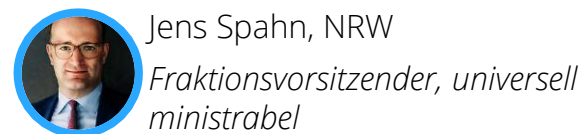
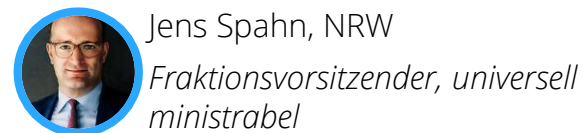
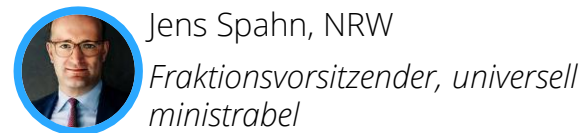
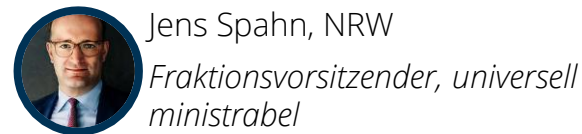
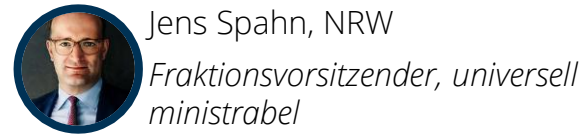
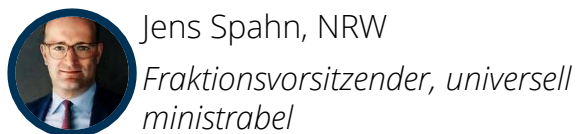
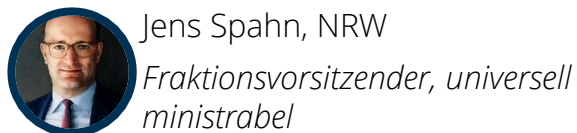
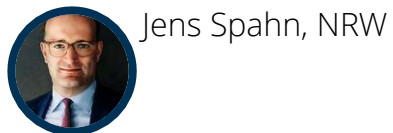
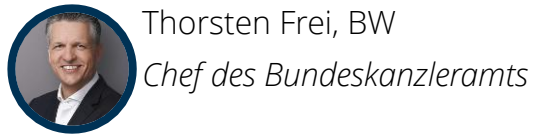
BERNSTEIN
GROUP

Alte Folien

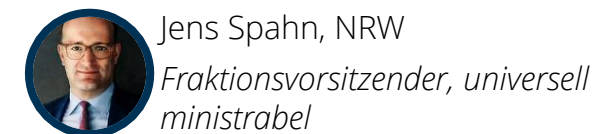
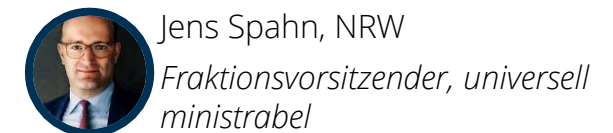
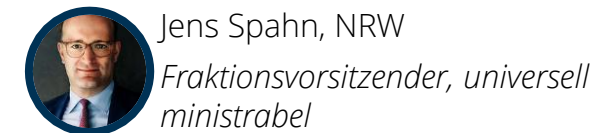
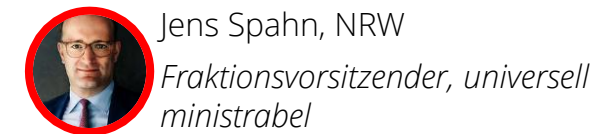
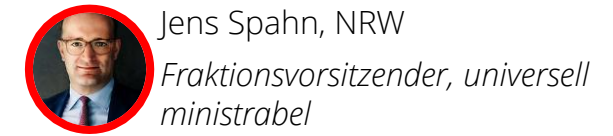
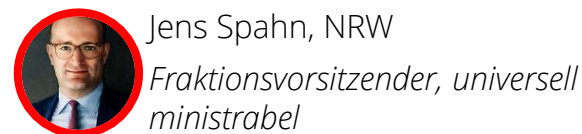
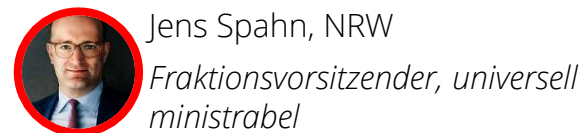
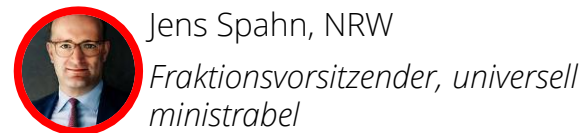
Kabinett Merz: Welche Personen werden gehandelt?

Endgültige Entscheidung obliegt den Parteien – Minister:innen sind noch nicht bestätigt!

CDU/CSU



SPD



Vorausschau: Was diese Woche in den Verhandlungen wichtig wird

Kalenderwoche 15: 07. – 11. April 2025

Was verändert die Führungsebene?

Parteivorsitzende signalisierten bereits **Distanz zu Teilen der AG-Ergebnisse**, die zahlreiche Konflikte und finanzielle Zusatzforderungen hinterließen.

Ziel der Führungsebene ist ein **kohärenter, priorisierter und finanzierbarer Koalitionsvertrag** und eine gemeinsame Linie statt des Kleinkleins und „Wünsch-dir-was“ (Friedrich Merz) der Arbeitsgruppen.

Offene Frage: **Wie stark wird die Führungsebene in die AG-Ergebnisse eingreifen?**

Wie sieht der finale Koalitionsvertrag aus?

Vor allem CDU/CSU hatten in den letzten Monaten auf einen **kurzen, schlanken Koalitionsvertrag gedrängt**, der flexibles Regieren ermöglichen soll. Die **Ergebnisse der Arbeitsgruppen hätten jedoch das Potenzial für den längsten Koalitionsvertrag** in der Geschichte der Bundesrepublik.

Noch offen ist, ob die Führungsebene den **Koalitionsvertrag deutlich kürzt**. Auch Titel und gemeinsames Narrativ sind bislang unklar. Zusätzlich wäre ein **Sofortprogramm für die ersten Regierungsmonate** denkbar.

Welcher Zeitplan ergibt sich?

Bis **Mitte der Woche** sollen die **inhaltlichen Verhandlungen abgeschlossen** sein. Offen ist, ob und wie viel **zusätzliche Zeit für die Endredaktion** benötigt wird.

Nach der **Vorstellung des Koalitionsvertrags**, möglicherweise **Ende der Woche**, folgen voraussichtlich ein rund zweieinhalbwöchiges Mitgliedervotum der SPD und ein kleiner Parteitag der CDU. **Ende April/Anfang Mai** könnte der Vertrag unterzeichnet und am **7. Mai** der Kanzler gewählt werden.

Welche Ressorts werden gebildet?

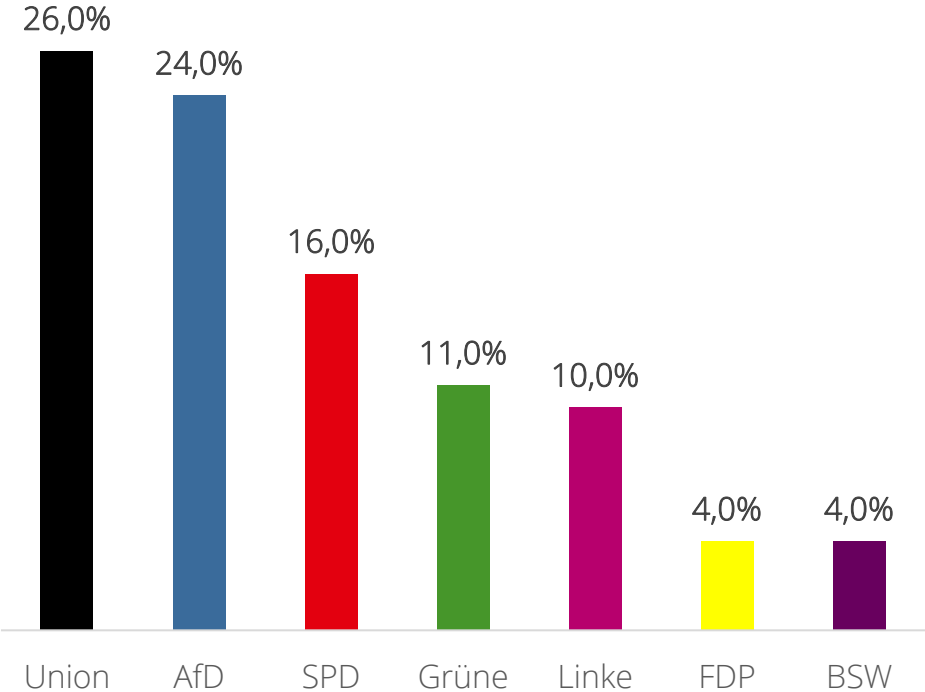
In der letzten Verhandlungsphase wird auch der **Zuschnitt der Ministerien** geklärt. Debatte u.a.:

- Einführung eines **Digitalministeriums**
- Eingliederung des **Entwicklungsministeriums ins Auswärtige Amt**
- Zusammenführung von Bauen und Verkehr in ein **neues Infrastrukturministerium**
- Einführung eines **Nationalen Sicherheitsrats**
- Ferner: Restrukturierung des Wirtschaftsministeriums mit Ausgliederung von Klima und Aufnahme von Arbeit; Zusammenführung Soziales und Gesundheit, Trennung Bildung und Forschung

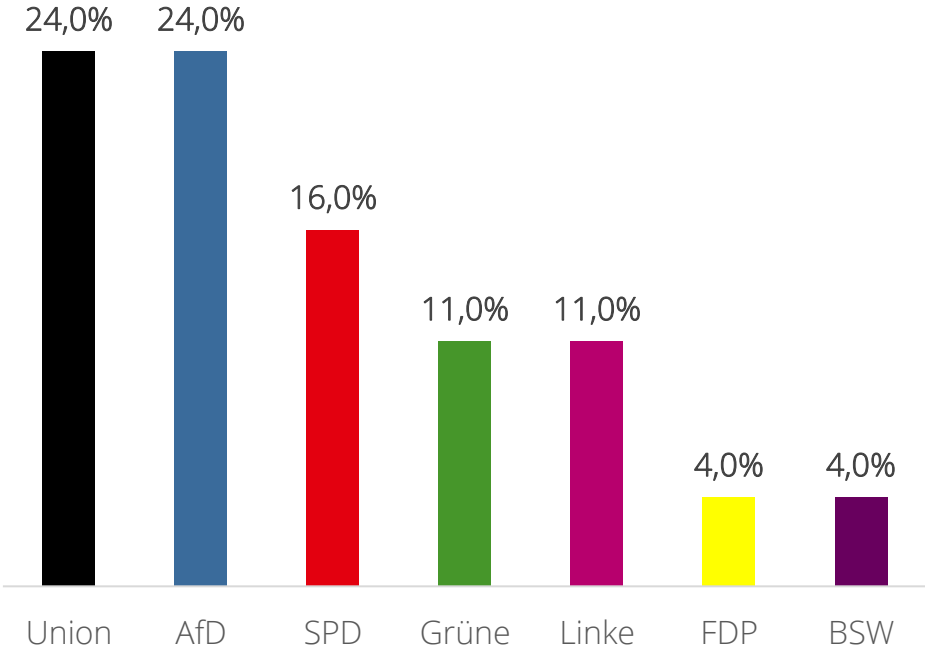
Umfragen: Parteien der Mitte in Bedrängnis

AfD in erster Umfrage nach der Bundestagswahl gleichauf mit CDU/CSU, Linke ähnlich stark wie Grüne

Infratest dimap, 03.04.2025



INSA, 06.04.2025



Lage der SPD vor Verhandlungsende: Fundamentale Krise aufgeschoben

Die Verhandlungen helfen der SPD nach ihrer Wahlniederlage bisher

- 1 Historisch schlechtestes Wahlergebnis beeinflusst Verhandlungen (noch) nicht**

Die SPD erreichte ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis, vielfach wurde eine fundamentale Krise der Partei prognostiziert. In den Koalitionsverhandlungen funktioniert die Partei jedoch sehr gut. In Sondierungen und Koalitionsverhandlungen wirkten die erfahreneren SPD-Verhandler:innen oftmals besser vorbereitet als ihre Pendants der Union. Das Schuldenpaket und die Zwischenergebnisse der Verhandlungen werden öffentlich als Sieg der SPD interpretiert – verstärkt durch die interne Kritik der CDU an ihrer Führung. Die programmatische Krise wird möglicherweise jedoch nur verzögert: Die SPD drängt aktuell auf genau jene Themen, mit denen sie bei der Bundestagswahl nur 16 Prozent holte.
- 2 Machtvakuum kurzfristig gefüllt**

Schon am Abend der Wahl sicherte sich Co-Parteivorsitzender Lars Klingbeil zusätzlich den Fraktionsvorsitz von Rolf Mützenich und schloss so frühzeitig ein mögliches Machtvakuum in der Partei. Kanzler Olaf Scholz und Mützenich agierten passiv und zogen sich weitgehend zurück, aus den Bundesländern drängte noch niemand nach Berlin und die Fraktion bleibt diszipliniert. Rücktrittsforderungen treffen vor allem die Co-Parteivorsitzende Saskia Esken. Der nächste entscheidende Schritt ist die Besetzung des Kabinetts und der Fraktion, anschließend die Neuwahl des Parteivorsitzes.
- 3 Bundestagsfraktion stark geschwächt**

Am sichtbarsten ist die Wahlniederlage der SPD aktuell an der Bundestagsfraktion, die von 206 auf 120 Mitglieder schrumpft. Die quantitative Verkleinerung und sehr niedrige Zahl an neuen Abgeordneten erschwert eine programmatische Neuaufstellung der Fraktion und damit die Vorbereitung auf und personelle Neuaufstellung der SPD für die nächste Bundestagswahl.
- 4 Mitgliedervotum muss gewonnen werden**

Die SPD-Führung hatte Sorge vor dem Mitgliedervotum. Friedrich Merz galt mit seinem Profil und Auftreten als Hindernis. Nach den Zwischenergebnissen und der medialen Berichterstattung über die Verhandlungen ist man nun optimistisch, die Partei von einer Koalition überzeugen zu können. Auch in der sehr schwierigen Abstimmung über die letzte schwarz-rote Koalition stimmte eine Mehrheit für den Koalitionsvertrag – trotz einer breiten „No GroKo“- Kampagne.

STRUKTUR UND PERSONAL DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Organigramm: Die Organisation der Koalitionsverhandlungen



Personal: Sondierungsteams werden zu „19er Runde“, Parteivorsitzende „+1“ stellen letztverantwortliche PV-Runde

CDU/CSU

„Parteivorsitzende +1“



Friedrich Merz (NRW)

*CDU-Vorsitzender,
Fraktionsvorsitzender,
Kanzlerkandidat*



Markus Söder

*Ministerpräsident Bayern
CSU-Vorsitzender*



Thorsten Frei (BW)

*Parlamentarischer
Geschäftsführer*



Alexander Dobrindt

CSU-Landesgruppenchef



Carsten Linnemann (NRW)

Generalsekretär



Martin Huber

CSU-Generalsekretär



Michael Kretschmer (SN)

*Ministerpräsident Sachsens,
Kordinator der CDU-geführten
Bundesländer im Bundesrat*



Dorothee Bär

*Stellv. Parteivorsitzende
CSU*



Karin Prien (SH)

*Stellv. Parteivorsitzende,
Bildungsministerin Schleswig-
Holsteins*



Jens Spahn (NRW)

Stellv. Fraktionsvorsitzender

SPD:



Lars Klingbeil (NI)

*SPD-Vorsitzender,
Fraktionsvorsitzender*



Matthias Miersch (NI)

Generalsekretär



Anke Rehlinger (SL)

Ministerpräsidentin Saarland



Manuela Schwesig (MV)

*Ministerpräsidentin Mecklenburg-
Vorpommern*



Achim Post (NRW)

*Stellv. Parteivorsitzender, stellv.
Landesvorsitzender NRW*



Saskia Esken (BW)

SPD-Vorsitzende



Boris Pistorius (NI)

*Amtierender
Verteidigungsminister*



Bärbel Bas (NRW)

*Amtierende
Bundestagspräsidentin*



Hubertus Heil (NI)

*Stellv. Parteivorsitzender,
amtierender
Bundesminister für Arbeit
und Soziales*

Personal: Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppe 17

Doppelrolle zwischen Koordination der Verhandlungen und Vorbereitung der Regierungsarbeit

CDU/CSU



Thorsten Frei (BW)
*Parlamentarischer
Geschäftsführer*



Alexander Dobrindt (BY)
CSU-Landesgruppenchef



Carsten Linnemann (NRW)
Generalsekretär

SPD:



Matthias Miersch (NI)
Generalsekretär



Carsten Schneider (TH)
*Ostbeauftragter der
Bundesregierung,
dienstältester SPD-
Abgeordneter*

Steuerungsgruppe nimmt Doppelrolle ein: Sie koordinierte die Arbeitsgruppen und ist das organisatorische Bindeglied zwischen Arbeitsgruppen und politischer Hauptverhandlungsrunde. Außerdem stellen sie die Arbeitsgruppe 17 „Arbeitsweise der Bundesregierung und Fraktionen/Wahlrecht“, die etwa den Organisationserlass vorbereitet oder eine erneute Änderung des Wahlrechts verhandelt und prüft.

Personal: Die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen (01-04)

01 Innen, Recht, Migration und Integration

CDU

Prof. Dr. Günter Krings, MdB
Sebastian Lechner, MdL NI
Prof. Dr. Roman Poseck, Min HE
Armin Schuster, Min SN
Alexander Throm, MdB
Nina Warken, MdB

CSU

Andrea Lindholz, MdB
Dr. Silke Launert, MdB
Joachim Herrmann, Min BY

SPD

Dirk Wiese, MdB
Reem Alabali-Radovan (stellv.), Min MV
Daniela Behrens, Min NI
Johannes Fechner, MdB
Andy Grote, Sen HH
Ralf Stegner, MdB
Carmen Wegge, MdB

02 Wirtschaft, Industrie, Tourismus

CDU

Jens Spahn, MdB
Colette Boos-John, Min TH
Jens Gieseke, MdEP
Julia Klöckner, MdB
Christian Freiherr von Stetten, MdB
Stephan Toscani, MdL SL

CSU

Hansjörg Durz, MdB
Alois Rainer, MdB
Michaela Kaniber, Min BY

SPD

Alexander Schweitzer, MP RLP
Verena Hubertz (stellv. Leitung), MdB
Franziska Giffey, Sen BE
Kaweh Mansoori, Min HE
Sarah Philipp, MdL NRW
Sebastian Roloff, MdB
Andreas Bovenschulte, Bürgermeister HB

03 Digitales

CDU

Manuel Hagel, MdL BW
Ronja Kemmer, MdB
Catarina dos Santos-Wintz, MdB
Nadine Schön, MdB
Dirk Schrödter, Min SH
Prof. Dr. Kristina Sinemus, Min HE

CSU

Dr. Reinhard Brandl, MdB
Dr. Jonas Geissler, MdB
Judith Gerlach, Min BY

SPD

Armand Zorn, MdB
Christian Pegel (stellv. Leitung), Min MV
Metin Hakverdi, MdB
Ronja Endres, Landesvorsitzende BY
Fedor Ruhose, Min RLP
Carolyn Wagner, MdB
Tiemo Wölken, MdEP

04 Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen

CDU

Ina Scharrenbach, Min NRW
Thomas Bareiß, MdB
Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Dr. Christoph Ploß, MdB
Patrick Schnieder, MdB
Felix Schreiner, MdB

CSU

Ulrich Lange, MdB
Michael Kießling, MdB
Christian Bernreiter, Min BY

SPD

Klara Geywitz (Leitung Bau), BMin
Sören Bartol (Leitung Verkehr), MdB
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL RLP
Isabel Cademartori, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Karen Pein, Sen HH
Philipp Türmer (Jusos)

Personal: Die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen (05-08)

05 Arbeit und Soziales

CDU

Dr. Carsten Linnemann, MdB
Marc Biadacz, MdB
Ines Claus, MdL HE
Gitta Connemann, MdB
Dr. Stefan Nacke, MdB
Dennis Radtke, MdEP

CSU

Stephan Stracke, MdB
Peter Aumer, MdB
Ulrike Scharf, Min BY

SPD

Katja Mast, MdB
Dagmar Schmidt (stellv. Leitung), MdB
Kerstin Griese, MdB
Cansel Kiziltepe, Sen BE
Annika Klose, MdB
Kathrin Michel, MdB
Natalie Pawlik, MdB

06 Gesundheit und Pflege

CDU

Karl-Josef Laumann, Min NRW
Prof. Dr. Kerstin von der Decken, Min SH
Dr. Albrecht Schütte, MdL BW
Tino Sorge, MdB
Diana Stolz, Min HE
Prof. Dr. Hendrik Streeck, Neu-MdB

CSU

Dr. Stephan Pilsinger, MdB
Emmi Zeulner, MdB
Klaus Holetschek, MdL BY

SPD

Katja Pähle, MdL ST
Karl Lauterbach (stellv. Leitung), BMin
Sabine Dittmar, MdB
Clemens Hoch, Min RLP
Petra Köpping, Min SN
Matthias Mieves, MdB
Andreas Philippi, Min NI

07 Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

CDU

Silvia Breher, MdB
Helge Benda (Senioren-Union)
Conrad Clemens, Min SN
Katharina Günther-Wünsch, Sen BE
Bettina Wiesmann, MdB
Mareike Lotte Wulf, MdL NI

CSU

Susanne Hierl, MdB
Ralph Edelhäuser, MdB
Katrin Albsteiger, OB Ulm

SPD

Serpil Midyatli, Vorsitzende SPD SH
Wiebke Esdar (stellv. Leitung), MdB
Felix Döring, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Jochen Ott, MdL NRW
Svenja Stadler, MdB
Maja Wallstein, MdB

08 Bildung, Forschung und Innovation

CDU

Karin Prien, Min SH
Sebastian Gemkow, Min SN
Thomas Jarzombek, MdB
Gordon Schnieder, MdL RLP
Christian Tischner, Min TH
Johannes Winkel, Neu-MdB

CSU

Katrin Staffler, MdB
Thomas Silberhorn, MdB
Markus Blume, Min BY

SPD

Oliver Kaczmarek, MdB
Stefanie Hubig (stellv. Leitung), Min RLP
Bettina Martin, Min MV
Holger Mann, MdL SN
Falko Mohrs, Min NI
Andreas Stoch, MdL BW
Ruppert Stüwe, MdB

Personal: Die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen (09-12)

09 Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung

CDU

Philipp Amthor, MdB
Ralph Brinkhaus, MdB
Daniel Caspary, MdEP
Sandra Gerken, StS SH
Dr. Hendrik Hoppenstedt, MdB
Franziska Hoppermann, MdB

CSU

Daniela Ludwig, MdB
Tobias Winkler, MdB
Dr. Florian Herrmann, Min BY

SPD

Sonja Eichwede, MdB
Nancy Faeser (stellv. Leitung), BMin
Hakan Demir, MdB
Sebastian Hartmann, MdB
Burkhard Jung, OB Leipzig
Esra Limbacher, MdB
Kathrin Wahlmann, Min NI

10 Kommunen, Sport und Ehrenamt

CDU

Christina Stumpp, MdB
Christian Hirte, MdB
Thomas Kufen, OB Essen
Florian Müller, MdB
Sepp Müller, MdB
Johannes Steiniger, MdB

CSU

Stephan Mayer, MdB
Alexander Engelhard, MdB
Franz Löffler, Landrat Cham

SPD

Thorsten Kornblum, OB Braunschweig
Rasha Nasr (stellv. Leitung), MdB
Martin Dulig, MdL SN
Beate Kimmel, OB Kaiserslautern
Mahmut Özdemir, MdB
Sabine Poschmann, MdB
Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

11 Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt

CDU

Steffen Bilger, MdB
Hermann Färber, MdB
Dr. Marco Mohrmann, MdL NI
Christine Schneider, MdEP
Sven Schulze, Min ST
Albert Stegemann, MdB

CSU

Artur Auernhammer, MdB
Martina Englhardt-Kopf, MdB
Günther Feißner

SPD

Franziska Kersten, MdB
Carsten Träger (stellv. Leitung), MdB
Till Backhaus, Min MV
Nadine Heselhaus, MdB NRW
Helmut Kleebank, MdB
Isabel Mackensen-Geis, MdB
Maria Noichl, MdEP

12 Außen und Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit

CDU

Dr. Johann Wadepuhl, MdB
Michael Brand, MdB
Serap Güler, MdB
Jürgen Hardt, MdB
Henning Otte, MdB
Dr. Norbert Röttgen, MdB
Thomas Rachel, MdB

CSU

Florian Hahn, MdB
Thomas Erndl, MdB
Dr. Wolfgang Stefinger, MdB

SPD

Svenja Schulze, BMin
Nils Schmid (stellv. Leitung), MdB
Sanae Abdi, MdB
Falko Droßmann, MdB
Gabriela Heinrich, MdB
Siemtje Möller, MdB
Frank Schwabe, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

Personal: Die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen (13-16)

13 Europa

CDU

Patricia Lips, MdB
Knut Abraham, MdB
Gunther Krichbaum, MdB
David McAllister, MdEP
Dr. Wiebke Winter, MdBB
Paul Ziemiak, MdB

CSU

Alexander Radwan, MdB
Dr. Angelika Niebler, MdEP
Eric Beißwenger, Min BY

SPD

Katarina Barley, MdEP
Adis Ahmetovic (stellv. Leitung), MdB
Dietmar Nietan, MdB
René Repasi, MdEP
Johannes Schrapf, MdB
Derya Türk-Nachbaur, MdB
Thomas Vaupel, OB Marburg

14 Kultur und Medien

CDU

Dr. Christiane Schenderlein, MdB
Joe Chialo, Senator BE
Ansgar Heveling, MdB
Nathanael Liminski, Min NRW
Dr. Jan Redmann, MdL BB
Sabine Verheyen, MdEP

CSU

Dr. Volker Ullrich, MdB
Alexander Hoffmann, MdB
Prof. Dr. Julia Lehner, Bürgermeisterin
Nürnberg

SPD

Carsten Brosda, Senator HH
Heike Raab (stellv. Leitung), StS RLP
Manja Schüle, Min BB
Timon Gremmels, Min HE
Helge Lindh, MdB
Martin Rabanus, MdB
Alexander Vogt, MdL NRW

15 Klima und Energie

CDU

Andreas Jung, MdB
Dr. Thomas Gebhart, MdB
Dr. Jan Heinisch, MdL NRW
Mark Helfrich, MdB
Tilman Kuban, MdB
Lars Rohwer, MdB

CSU

Dr. Anja Weisgerber, MdB
Dr. Andreas Lenz, MdB
Martin Huber, MdL, GS CSU

SPD

Olaf Lies, Min NI
Nina Scheer (stellv. Leitung), MdB
Jakob Blankenburg, MdB
Delara Burkhardt, MdEP
Ulf Kämpfer, OB Kiel
Johann Saathoff, MdB
Dietmar Woidke, MP BB

16 Haushalt, Finanzen und Steuern

CDU

Dr. Mathias Middelberg, MdB
Fritz Güntzler, MdB
Christian Haase, MdB
Matthias Hauer, MdB
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz, Min HE
Dr. Marcus Optendrenk, Min NRW

CSU

Florian Oßner, MdB
Mechthilde Wittmann, MdB
Albert Füracker, Min BY

SPD

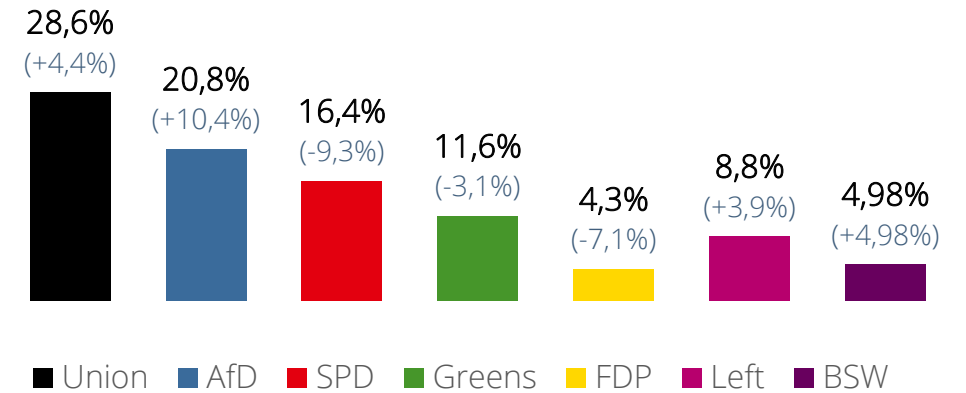
Dennis Rohde, MdB
Doris Ahnen (stellv. Leitung), Min RLP
Bettina Hagedorn, MdB
Tim Klüssendorf, MdB
Frank Meyer, OB Krefeld
Michael Schrodi, MdB
Jakob von Weizsäcker, Min SL

Status Quo: Current Status of Government Formation at a Glance

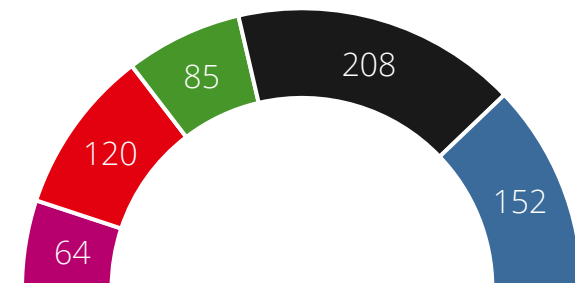
Talks at Leadership Level Continue as Conclusion of Negotiations Possible This Week

- **Negotiations at leadership level continue:** Since March 28, the main negotiating group and party chairs have been discussing contentious issues, financial demands, and the future allocation of ministries in what they call the "clearing phase." Talks were paused over the weekend and are now expected to conclude by midweek. Following final editorial revisions, the coalition agreement could be presented before the end of the week.
- **Signed coalition agreement and government formation after Easter:** Ratification of the coalition agreement will now have to take place over or after the Easter holidays. The SPD's membership vote and the CDU's small party convention are expected no earlier than the last week of April. May 7 is being discussed as a realistic date for the chancellor vote.
- **Political Pressure is mounting from all sides:** A new poll by the INSA institute places the AfD for the first time neck-and-neck with the CDU/CSU as the strongest political force. Meanwhile, dissatisfaction within the Christian Democrats is also growing. At the same time, U.S. trade policy is increasing financial pressure from abroad: The German Economic Institute (IW) estimates potential economic damage from the new U.S. tariffs at €200 billion. Germany's DAX stock index dropped by more than ten percent at the start of trading today.

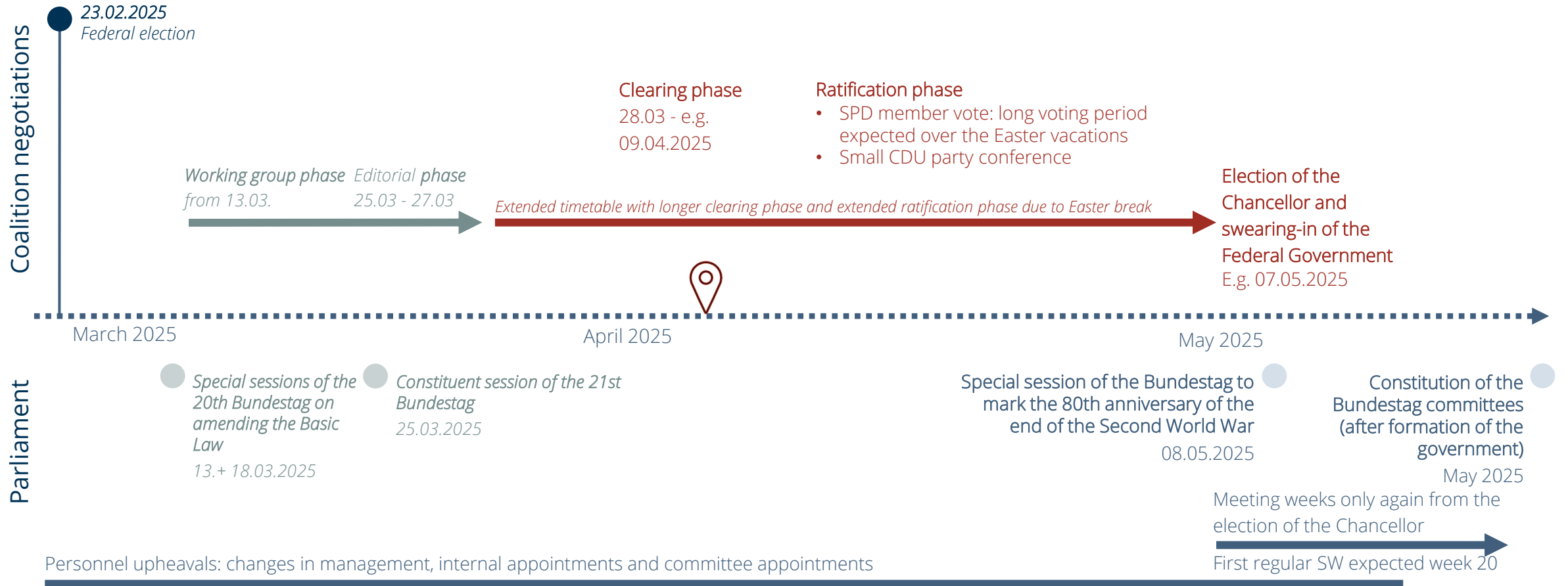
Result of the Bundestag election



Distribution of seats



Timetable* When the Government and Bundestag Can Begin Their Work



Preview: Navigating the Upcoming Negotiation Week

Calendar Week: 15: April 7 – 11

Changes through party leadership?

Party leaders have already signaled their distance from parts of the working group results, which sparked numerous conflicts and additional financial demands.

The leadership's goal is a **coherent, prioritized, and fiscally viable coalition agreement** — along with a unified approach instead of the piecemeal compromises of the working groups.

Open question: To what extent will the party leadership intervene in the working group outcomes?

What will the final coalition agreement look like?

In recent months, the CDU/CSU has pushed for a short and streamlined coalition agreement to allow for more flexible governance. However, the working group results could **potentially produce the longest coalition agreement** in the history of the Federal Republic.

Uncertainty remains over whether **party leaders will shorten the document**. Title and shared narrative are still pending. A **fast-track program** for the first months is also being considered.

What is the timeline?

Substantive negotiations are expected to **conclude by midweek**. It remains unclear how much **additional time will be needed for final editing**.

If the **coalition agreement is presented**, possibly by the end of the week, a roughly two-and-a-half-week **SPD membership vote and a small CDU party convention will follow**.

The agreement could be signed by **late April or early May**, with the chancellor elected on **May 7**.

Restructuring of Ministerial Portfolios?

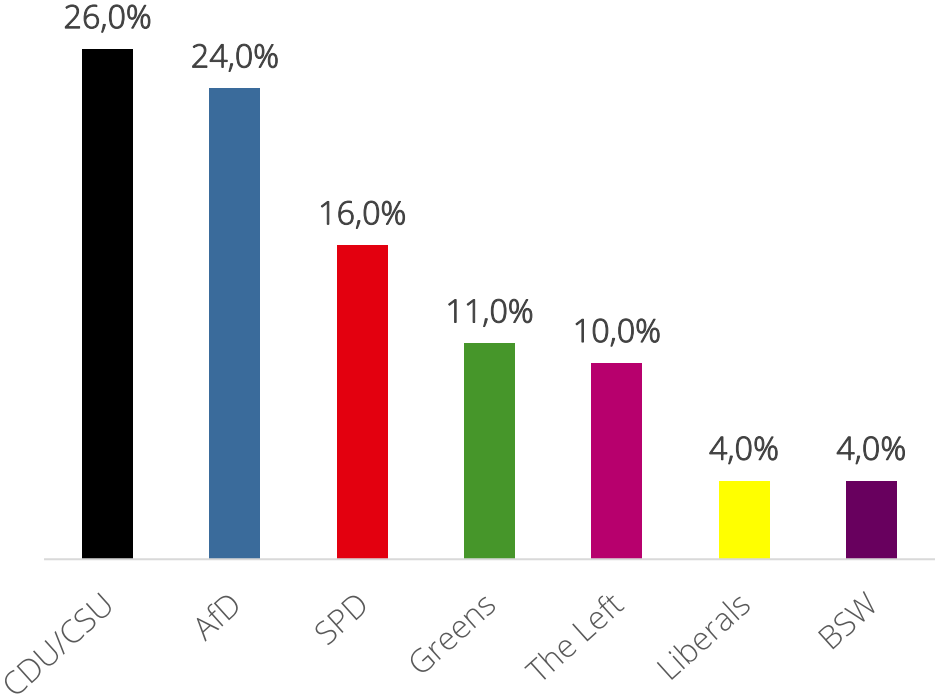
In the final phase of negotiations, the **allocation of ministries** is also being finalized. Debates include:

- Creation of a **Ministry for Digital Affairs**
- Integration of the Development Ministry into the Foreign Office
- **Merger of Construction and Transport** into a new Ministry of Infrastructure
- Establishment of a **National Security Council**
- Additionally: **Restructuring of the Ministry for Economic Affairs**, with climate policy spun off and labor policy added; merging of Social Affairs and Health; separation of Education and Research.

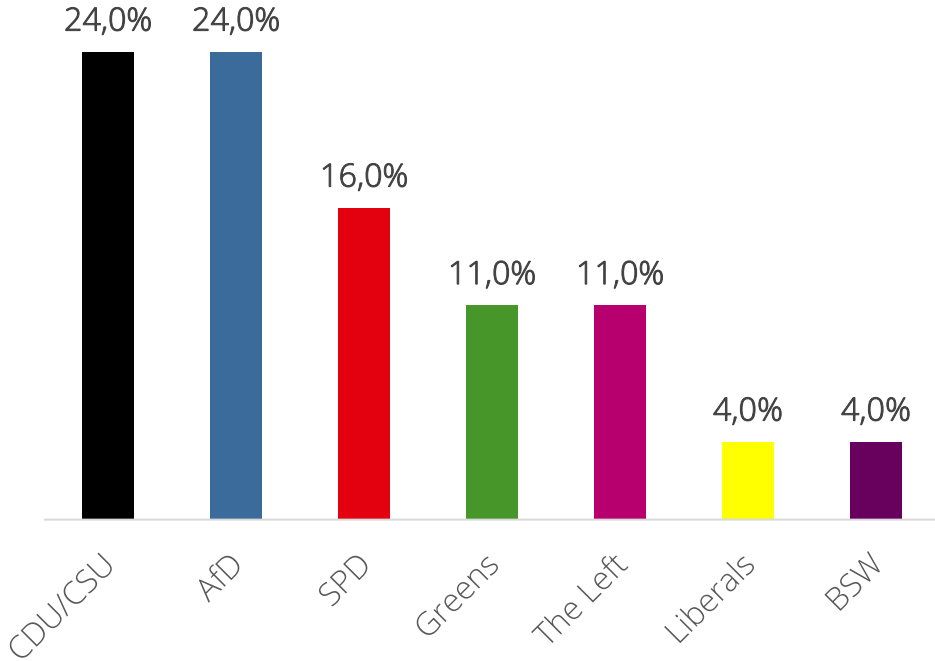
Polls: Centrist Parties Under Pressure

AfD Ties with CDU/CSU in First Post-Election Poll, Left Party Polls Close to Greens

Infratest dimap, 03 April 2025



INSA, 06 April 2025



CDU's Position Ahead of Final Talks: Merz Under Pressure from All Sides

The CDU Is in Urgent Need of Negotiation Wins

1 Credibility tarnished

During the election campaign, Merz promised nothing less than a political change, a departure from the Merkel era and a change of course in migration, economic and financial policy. His credibility depended on this clear profile. Merz was only able to convince liberal voters to a limited extent anyway, and the election result of 28.6% was considered unsatisfactory. Following the debt package and the results of the exploratory talks and working groups, his credibility is now also diminishing in conservative and economically liberal circles.

2 Dissatisfaction within the party

There is growing discontent with the current negotiation outcomes, both at the grassroots level and within various power centers and party bodies. Some local CDU chapters are making headlines with resignations, open letters, and demands for membership votes. For now, criticism and demands are being channeled primarily through the Junge Union, while the parliamentary group and other committees remain largely silent. Merz canceled today's meeting of the party's executive and presidium — likely in anticipation of sharp internal criticism.

3 Poor negotiating situation with the SPD

In addition to external pressure and growing discontent within his own party, Merz is facing a poor negotiating position. He is pushing for swift government formation, aiming to ensure Germany is quickly able to act on the international stage. The Christian Democrats have no viable alternative coalition partners and are dependent on forming a government with the Social Democrats (SPD). Internally, Merz is being criticized for having already conceded “too much” to the SPD with the debt package. A key point of criticism: the party still lacks effective leverage to push through its own policy priorities.

4 CSU as the third party in the negotiations

On certain issues, Bavaria's CSU is acting more like a third coalition party than as the CDU's sister party and negotiation partner. The CSU is pushing for consumer-oriented projects such as pension credits for mothers and subsidies for agricultural diesel. This further undermines the Union's credibility and bargaining position — particularly regarding fiscal discipline and budget cuts.

SPD's Position Ahead of Final Talks: Fundamental Crisis Postponed

The Negotiations Have so far Helped The SPD after Its Election Defeat

- 1** **Historically worst election result does not (yet) influence negotiations**

The SPD achieved its worst election result ever, and many predicted a fundamental crisis for the party. However, the party is performing very well in the coalition negotiations. In exploratory talks and coalition negotiations, the more experienced SPD negotiators often appeared better prepared than their CDU/CSU counterparts. The debt package and the interim results of the negotiations are publicly interpreted as a victory for the SPD - reinforced by the CDU's internal criticism of its leadership. However, the programmatic crisis may only be delayed: the SPD is currently pushing for precisely those issues that won it only 16% of the vote in the Bundestag elections.
- 2** **Power vacuum filled in the short term**

On the evening of the election, co-party leader Lars Klingbeil also secured the parliamentary group chairmanship from Rolf Mützenich, thus closing a potential power vacuum in the party at an early stage. Chancellor Olaf Scholz and Mützenich acted passively and largely withdrew, no one from the federal states has yet pushed to Berlin and the parliamentary group remains disciplined. Calls for her resignation have mainly targeted Klingbeil's co-chairwoman Saskia Esken. The next decisive step is the appointment of the cabinet and the parliamentary group, followed by the election of the new party chair.
- 3** **Bundestag parliamentary group severely weakened**

The SPD's electoral defeat is currently most visible in the parliamentary group, which has shrunk from 206 to 120 members. The quantitative downsizing and very low number of new MPs is making it difficult to reorganize the parliamentary group's programme and thus to prepare and reorganize the SPD's personnel for the next general election.
- 4** **Member vote must be won**

The SPD leadership was worried about the membership vote. Friedrich Merz was seen as an obstacle with his profile and statements against the SPD, especially during the election. There is cautious optimism that, after recent interim results and media reports, the party will back the coalition deal. Even in the very difficult vote on the last Great Coalition, a majority voted in favor of the coalition agreement - despite a broad campaign against it.

STRUCTURE AND PERSONNEL OF THE COALITION NEGOTIATIONS

How it Works: From Exploratory Talks to a Coalition Agreement

Focus of Negotiations Moved to Higher Levels

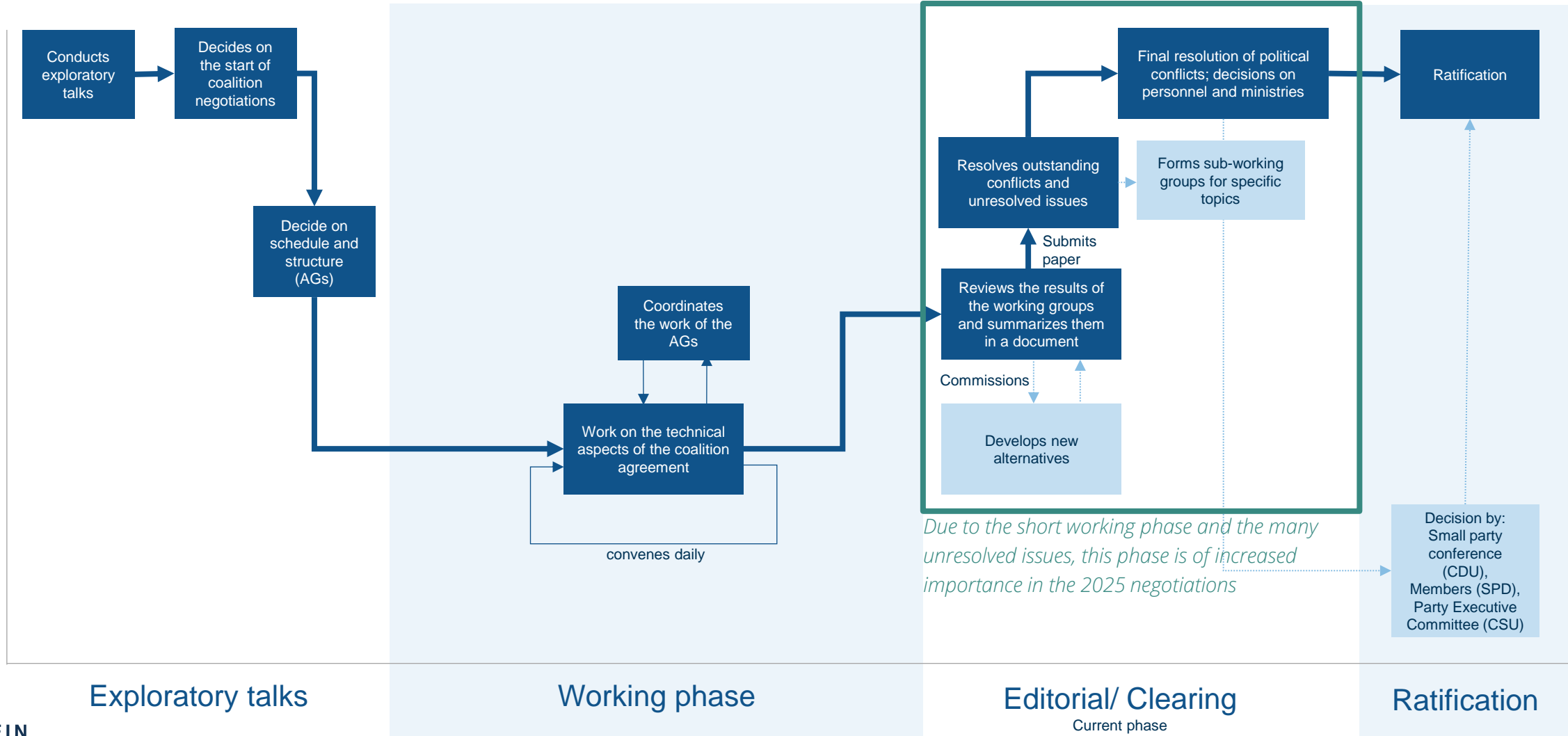
PV
Round of Party Chairs

HVG
Main negotiation group: "Round of 19"

StG
Steering group

AG
Working groups

Party
Base or party conference



Organigram: The Organization of the Coalition Negotiations

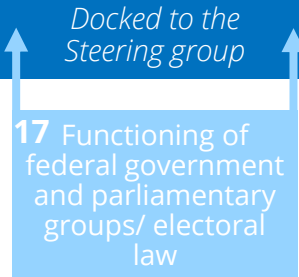
Round of party chairs +1
Merz, Söder, Klingbeil, Esken + Frei, Dobrindt, Miersch

Main negotiating group, „Round of 19“
Consists of previous exploratory teams

Forms the "Grand Round" with AG chief negotiators

Steering group
*Thorsten Frei, Carsten Linnemann, Alexander Dobrindt (CDU/CSU)
 Matthias Miersch, Carsten Schneider (SPD, congruent with AG 17)*

01 Home Affairs, Law, Migration and Integration	04 Transportation, Infrastructure, Construction, Housing	07 Family, Women, Youth, Senior Citizens and Democracy	10 Municipalities, Sport and Volunteering	13 Europe	17 Functioning of federal government and parliamentary groups/ electoral law
02 Economy, Industry, Tourism	05 Labor and Social Affairs	08 Education, Research and Innovation	11 Rural Areas, Agriculture, Food, Environment	14 Culture and Media	16 Budget, Finance and Taxes
03 Digital	06 Health and Care	09 Reducing Bureaucracy, Modernizing the State	12 Foreign Affairs, Defense, Development Cooperation	15 Climate and Energy	



Exploratory Teams Become the “Group of 19”

Former Exploratory Teams Are The Main Negotiating Group in The Coalition Negotiations.

CDU/CSU:

Round of party chairs +1



Friedrich Merz (North Rhine-Westphalia)
CDU leader, faction leader, chancellor candidate



Markus Söder
Minister-president Bavaria, CSU leader



Thorsten Frei (Baden-Wuerttemberg)
Parliamentary secretary



Alexander Dobrindt
CSU regional parliamentary group leader



Carsten Linnemann (North Rhine-Westphalia)
General secretary



Martin Huber
CSU General secretary



Michael Kretschmer (Saxony)
Minister-president of Saxony, coordinator of the CDU-led federal states in the Bundesrat



Dorothee Bär
Deputy party chair CSU



Karin Prien (Schleswig-Holstein)
Deputy party chair, Minister of Education of Schleswig-Holstein



Jens Spahn (North Rhine-Westphalia)
Deputy chair of parliamentary group

SPD:



Lars Klingbeil (Lower Saxony)
SPD leader, faction leader



Matthias Miersch (Lower Saxony)
General secretary



Anke Rehlinger (Saarland)
Minister-president Saarland



Manuela Schwesig (Mecklenburg-Western Pomerania)
Minister-president Mecklenburg-Western Pomerania



Achim Post (North Rhine-Westphalia)
Deputy party chair, deputy state chair of North Rhine-Westphalia (NRW)



Saskia Esken (Baden-Wuerttemberg)
SPD leader



Boris Pistorius (Lower Saxony)
Acting Minister of Defense



Bärbel Bas (North Rhine-Westphalia)
Acting President of the Bundestag



Hubertus Heil (Lower Saxony)
Deputy party chair, acting Federal Minister of Labor and Social Affairs

Personnel: Steering Group and Working Group 17

Dual Role Between Coordinating Negotiations And Preparing Government Work

CDU/CSU



Thorsten Frei (BW)
*Parliamentary
Managing Director*



Alexander Dobrindt (BY)
CSU regional group leader



Carsten Linnemann (NRW)
Secretary General

SPD:



Matthias Miersch (NI)
Secretary General



Carsten Schneider (TH)
*Federal Government
Commissioner for Eastern
Europe, longest-serving SPD
member of parliament*

The steering group has a dual role: It coordinated the working groups and their preparation of the coalition agreement and is the organizational link between the working groups and the main political negotiating round. It also provides Working Group 17 "Working methods of the federal government and parliamentary groups/electoral law", which prepares the organizational decree or negotiates and examines a new amendment to the electoral law.

(01-04) Working Groups of the Coalition Negotiations

01 Home Affairs, justice, migration and integration

CDU

[Prof. Dr. Günter Krings](#), MdB
Sebastian Lechner, MdL NI
Prof. Dr. Roman Poseck, Min HE
Armin Schuster, Min SN
Alexander Throm, MdB
Nina Warken, MdB

CSU

Andrea Lindholz, MdB
Dr. Silke Launert, MdB
Joachim Herrmann, Min BY

SPD

[Dirk Wiese](#), MdB
Reem Alabali-Radovan (stellv.), Min MV
Daniela Behrens, Min NI
Johannes Fechner, MdB
Andy Grote, Sen HH
Ralf Stegner, MdB
Carmen Wegge, MdB

02 Economy, Industry, Tourism

CDU

[Jens Spahn](#), MdB
Colette Boos-John, Min TH
Jens Gieseke, MdEP
Julia Klöckner, MdB
Christian Freiherr von Stetten, MdB
Stephan Toscani, MdL SL

CSU

Hansjörg Durz, MdB
Alois Rainer, MdB
Michaela Kaniber, Min BY

SPD

[Alexander Schweitzer](#), MP RLP
Verena Hubertz (stellv. Leitung), MdB
Franziska Giffey, Sen BE
Kaweh Mansoori, Min HE
Sarah Philipp, MdL NRW
Sebastian Roloff, MdB
Manja Schüle, Min BB

03 Digital

CDU

[Manuel Hagel](#), MdL BW
Ronja Kemmer, MdB
Catarina dos Santos-Wintz, MdB
Nadine Schön, MdB
Dirk Schrödter, Min SH
Prof. Dr. Kristina Sinemus, Min HE

CSU

Dr. Reinhard Brandl, MdB
Dr. Jonas Geissler, MdB
Judith Gerlach, Min BY

SPD

[Armand Zorn](#), MdB
Christian Pegel (stellv. Leitung), Min MV
Metin Hakverdi, MdB
Ronja Endres, Landesvorsitzende BY
Fedor Ruhose, Min RLP
Carolyn Wagner, MdB
Tiemo Wölken, MdEP

04 Traffic and infrastructure, building and living

CDU

[Ina Scharrenbach](#), Min NRW
Thomas Bareiß, MdB
Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Dr. Christoph Ploß, MdB
Patrick Schnieder, MdB
Felix Schreiner, MdB

CSU

Ulrich Lange, MdB
Michael Kießling, MdB
Christian Bernreiter, Min BY

SPD

[Klara Geywitz](#) (Leitung Bau), BMin
[Sören Bartol](#) (Leitung Verkehr), MdB
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL RLP
Isabel Cademartori, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Karen Pein, Sen HH
Philipp Türmer (Jusos)

(05-08) Working Groups of the Coalition Negotiations

05 Labor and Social Issues

CDU

Dr. Carsten Linnemann, MdB
Marc Biadacz, MdB
Ines Claus, MdL HE
Gitta Connemann, MdB
Dr. Stefan Nacke, MdB
Dennis Radtke, MdEP

CSU

Stephan Stracke, MdB
Peter Aumer, MdB
Ulrike Scharf, Min BY

SPD

Katja Mast, MdB
Dagmar Schmidt, MdB
Kerstin Griese, MdB
Cansel Kiziltepe, Sen BE
Annika Klose, MdB
Dirk Panter, MdL SN
Natalie Pawlik, MdB

06 Health and care

CDU

Karl-Josef Laumann, Min NRW
Prof. Dr. Kerstin von der Decken, Min SH
Dr. Albrecht Schütte, MdL BW
Tino Sorge, MdB
Diana Stolz, Min HE
Prof. Dr. Hendrik Streeck, Neu-MdB

CSU

Dr. Stephan Pilsinger, MdB
Emmi Zeulner, MdB
Klaus Holetschek, MdL BY

SPD

Katja Pähle, MdL ST
Karl Lauterbach, BMin
Sabine Dittmar, MdB
Clemens Hoch, Min RLP
Petra Köpping, Min SN
Matthias Mieves, MdB
Andreas Philippi, Min NI

07 Women, youth, seniors and democracy

CDU

Silvia Breher, MdB
Helge Benda (Senioren-Union)
Conrad Clemens, Min SN
Katharina Günther-Wünsch, Sen BE
Bettina Wiesmann, MdB
Mareike Lotte Wulf, MdL NI

CSU

Susanne Hierl, MdB
Ralph Edelhäußer, MdB
Katrin Albsteiger, OB Ulm

SPD

Serpil Midyatli, chair SPD SH
Wiebke Esdar, MdB
Felix Döring, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Jochen Ott, MdL NRW
Svenja Stadler, MdB
Maja Wallstein, MdB

08 Education, Research and Innovation

CDU

Karin Prien, Min SH
Sebastian Gemkow, Min SN
Thomas Jarzombek, MdB
Gordon Schnieder, MdL RLP
Christian Tischner, Min TH
Johannes Winkel, Neu-MdB

CSU

Katrin Staffler, MdB
Thomas Silberhorn, MdB
Markus Blume, Min BY

SPD

Oliver Kaczmarek, MdB
Stefanie Hubig, Min RLP
Bettina Martin, Min MV
Holger Mann, MdL SN
Falko Mohrs, Min NI
Andreas Stoch, MdL BW
Ruppert Stüwe, MdB

(09-12) Working Groups of the Coalition Negotiations

09 Reducing Bureaucracy and Modernizing the State

CDU

Philipp Amthor, MdB
Ralph Brinkhaus, MdB
Daniel Caspary, MdEP
Sandra Gerken, StS SH
Dr. Hendrik Hoppenstedt, MdB
Franziska Hoppermann, MdB

CSU

Daniela Ludwig, MdB
Tobias Winkler, MdB
Dr. Florian Herrmann, Min BY

SPD

Sonja Eichwede, MdB
Nancy Faeser, BMin
Andreas Bovenschulte, Mayor HB
Sebastian Hartmann, MdB
Burkhard Jung, OB Leipzig
Esra Limbacher, MdB
Kathrin Wahlmann

10 Municipalities, Sports and Volunteerism

CDU

Christina Stumpp, MdB
Christian Hirte, MdB
Thomas Kufen, OB Essen
Florian Müller, MdB
Sepp Müller, MdB
Johannes Steiniger, MdB

CSU

Stephan Mayer, MdB
Alexander Engelhard, MdB
Franz Löffler, district administrator Cham

SPD

Thorsten Kornblum, OB Braunschweig
Rasha Nasr, MdB
Martin Dulig, MdL SN
Beate Kimmel, OB Kaiserslautern
Mahmut Özdemir, MdB
Sabine Poschmann, MdB
Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

11 Rural Areas, Agriculture, Nutrition, Environment

CDU

Steffen Bilger, MdB
Hermann Färber, MdB
Dr. Marco Mohrmann, MdL NI
Christine Schneider, MdEP
Sven Schulze, Min ST
Albert Stegemann, MdB

CSU

Artur Auernhammer, MdB
Martina Englhardt-Kopf, MdB
Günther Felßner

SPD

Franziska Kersten, MdB
Carsten Träger, MdB
Till Backhaus, Min MV
Nadine Heselhaus, MdB NRW
Helmut Kleebank, MdB
Isabel Mackensen-Geis, MdB
Maria Noichl, MdEP

12 Foreign and Defense Affairs, Development Cooperation

CDU

Dr. Johann Wadephul, MdB
Michael Brand, MdB
Serap Güler, MdB
Jürgen Hardt, MdB
Henning Otte, MdB
Dr. Norbert Röttgen, MdB

CSU

Florian Hahn, MdB
Thomas Erndl, MdB
Dr. Wolfgang Stefinger, MdB

SPD

Svenja Schulze, BMin
Nils Schmid, MdB
Sanae Abdi, MdB
Falko Droßmann, MdB
Gabriela Heinrich, MdB
Siemtje Möller, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

(13-16) Working Groups of the Coalition Negotiations

13 Europe

CDU

Patricia Lips, MdB
Knut Abraham, MdB
Gunther Krichbaum, MdB
David McAllister, MdEP
Dr. Wiebke Winter, MdB
Paul Ziemiak, MdB

CSU

Alexander Radwan, MdB
Dr. Angelika Niebler, MdEP
Eric Beißwenger, Min BY

SPD

Katarina Barley, MdEP
Adis Ahmetovic, MdB
Dietmar Nietan, MdB
René Repasi, MdEP
Johannes Schrapf, MdB
Derya Türk-Nachbaur, MdB
Thomas Vaupel, OB Marburg

14 Culture and Media

CDU

Dr. Christiane Schenderlein, MdB
Joe Chialo, Senator BE
Ansgar Heveling, MdB
Nathanael Liminski, Min NRW
Dr. Jan Redmann, MdL BB
Sabine Verheyen, MdEP

CSU

Dr. Volker Ullrich, MdB
Alexander Hoffmann, MdB
Prof. Dr. Julia Lehner, Mayor Nuremberg

SPD

Carsten Brosda, Senator HH
Heike Raab, StS RLP
Hakan Demir, MdB
Timon Gremmels, Min HE
Helge Lindh, MdB
Martin Rabanus, MdB
Alexander Vogt, MdL NRW

15 Climate and Energy

CDU

Andreas Jung, MdB
Dr. Thomas Gebhart, MdB
Dr. Jan Heinisch, MdL NRW
Mark Helfrich, MdB
Tilman Kuban, MdB
Lars Rohwer, MdB

CSU

Dr. Anja Weisgerber, MdB
Dr. Andreas Lenz, MdB
Martin Huber, MdL, GS CSU

SPD

Olaf Lies, Min NI
Nina Scheer, MdB
Jakob Blankenburg, MdB
Delara Burkhardt, MdEP
Ulf Kämpfer, OB Kiel
Johann Saathoff, MdB
Dietmar Woidke, MP BB

16 Budget, Finances and Taxes

CDU

Dr. Mathias Middelberg, MdB
Fritz Güntzler, MdB
Christian Haase, MdB
Matthias Hauer, MdB
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz, Min HE
Dr. Marcus Optendrenk, Min NRW

CSU

Florian Oßner, MdB
Mechthilde Wittmann, MdB
Albert Füracker, Min BY

SPD

Dennis Rohde, MdB
Doris Ahnen, Min RLP
Bettina Hagedorn, MdB
Tim Klüssendorf, MdB
Frank Meyer, OB Krefeld
Michael Schrodi, MdB
Jakob von Weizsäcker, Min SL

TRENNFOLIE – ENGLISCH



BERNSTEIN GROUP

FEDERAL ELECTION 2025: WEEKLY RECAP AND PREVIEW

BERLIN, 03/03/2025 – AS OF 4PM



BERNSTEIN
GROUP

Architects of the new coalition: exploratory teams at a glance

CDU/CSU and SPD have been negotiating since Friday, February 28, in a “9+9 format”

CDU/CSU:



Friedrich Merz (North Rhine-Westphalia)
CDU leader, faction leader, chancellor candidate



Markus Söder
Minister-president Bavaria, CSU leader



Thorsten Frei (Baden-Württemberg)
Parliamentary secretary



Alexander Dobrindt
CSU regional parliamentary group leader



Carsten Linnemann (North Rhine-Westphalia)
General Secretary



Martin Huber
CSU General secretary



Michael Kretschmer (Saxony)
Minister-President of Saxony, coordinator of the CDU-led federal states in the Bundesrat



Dorothee Bär
Deputy party chair CSU



Karin Prien (Schleswig-Holstein)
Deputy party chair, Minister of Education of Schleswig-Holstein

SPD:



Lars Klingbeil (Lower Saxony)
SPD leader, faction leader



Saskia Esken (Baden-Württemberg)
SPD leader



Matthias Miersch (Lower Saxony)
General secretary



Boris Pistorius (Lower Saxony)
Acting Minister of Defense



Anke Rehlinger (Saarland)
Minister-President Saarland



Bärbel Bas (North Rhine-Westphalia)
Acting President of the Bundestag



Manuela Schwesig (Mecklenburg-Western Pomerania)
Minister-president Mecklenburg-Western Pomerania



Hubertus Heil (Lower Saxony)
Deputy party chair, acting Federal Minister of Labor and Social Affairs



Achim Post (North Rhine-Westphalia)
Deputy party chair, deputy state chair of North Rhine-Westphalia (NRW)

Contact

Bernstein Public Policy GmbH

Neustädtische Kirchstraße 6
D-10117 Berlin

Phone: +49 30 275 723 - 0

Fax: +49 30 275 723 - 41

contact@bernstein-group.com

www.bernstein-group.com

BERNSTEIN
GROUP

RESTLICHE FOLIEN

Einigung Finanzpaket: Welche Szenarien bleiben nach Nein der Grünen?

Scheitern hätte schwere Folgen, eine Einigung bleibt jedoch möglich und realistisch

1 Einigung

Ab heute Abend finden Gespräche zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen statt, um eine Einigung zu erzielen.

2 Keine Einigung

Eine Einigung mit den Grünen kann vor und während des parlamentarischen Verfahrens nicht erreicht werden.

1.1 Gemeinsamer Antrag: Union und SPD einigen sich noch vor der Sondersitzung des Bundestags auf einen Kompromiss und bringen diesen (gemeinsam) in den Bundestag ein.

1.2 Konsolidierter Antrag: Die Grünen bringen (mindestens) zu den Verteidigungsausgaben einen eigenen Antrag an; man einigt sich im Laufe des parlamentarischen Verfahrens und stimmt am 18.03. gemeinsam über einen Antrag ab.

2.1 Mehrheit ohne Grüne im Bund: Rechnerisch hätten auch CDU/CSU, SPD und FDP eine Zweidrittelmehrheit (494 Stimmen; 491 sind notwendig) im Bundestag. Im Bundesrat könnten Länder mit grüner Beteiligung einem angepassten Gesetzesentwurf abweichend zu den Grünen im Bund zustimmen. Politisch sehr unwahrscheinlich.

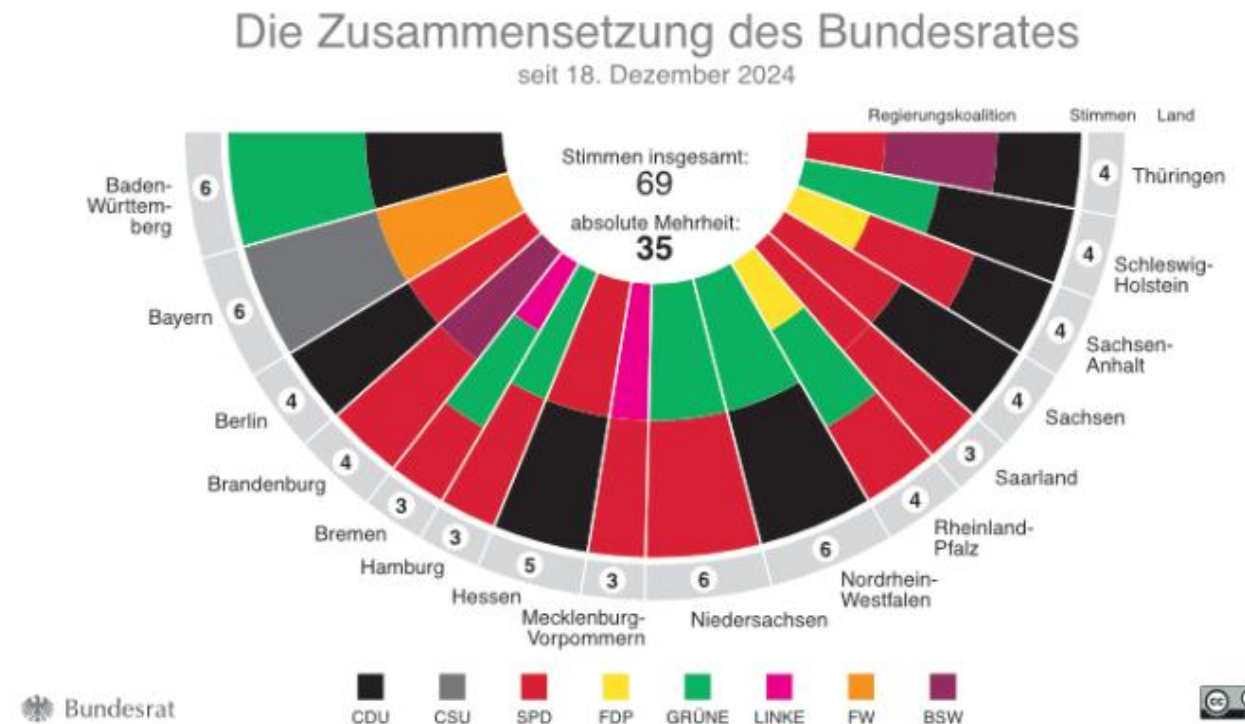
2.2 Mehrheit nur für Teil der Gesetzesänderung: CDU/CSU und SPD könnten einem von den Grünen eingebrachten Gesetzesentwurf zu Verteidigungsausgaben in Bundestat und Bundesrat zustimmen. Das Infrastruktur-Sondervermögen würde nicht verabschiedet werden.

2.3 Keine Mehrheiten für Finanzpaket: Das Finanzpaket findet keine Mehrheit. Die Koalitionsverhandlungen könnten damit unter unmittelbaren Druck geraten. Im Falle einer erfolgreichen Koalitionsbildung müssten CDU/CSU und SPD auf zusätzliche Schulden verzichten oder eine Zweidrittelmehrheit mit der Linken im neuen Bundestag suchen

Zwei-Drittel-Mehrheit auch im Bundesrat realistisch

CDU, SPD und Grüne stellen 41 der nötigen 46 Stimmen

- Im Bundesrat haben die Parteien CDU/CSU, SPD und Grüne **keine eigene Zwei-Drittel-Mehrheit**.
- Um über die 46 Stimmen zu kommen, müssen entweder die **Freien Wähler (FW)** in Bayern oder die **FDP** in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mitstimmen (lassen).
- Die Freien Wähler dürften sich **nicht gegen ein Sondervermögen Bundeswehr** stellen. Durch die hohe Präsenz der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie in Bayern ist eine Ablehnung politisch schwer zu vermitteln; die Verhandlungsmacht der FW innerhalb der bayerischen Staatsregierung ist zudem begrenzt.



Platzhalter für die Übersicht des Ablaufs einer KOAV
könnte man dann in der Übersicht nochmal grafisch einordnen
(wie zB die wegfallenden AGs)